

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

9. JAHRGANG · AUSGABE 2 · 2004 VOM 6. FEBRUAR 2004 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Volksinitiative gegen Schülerbeförderungskosten**
Elternbeiträge sind verfassungswidrig

10 | **Kriegserklärung an die Nachbargemeinden**
Zum ZWA-Rausschluß Finowfurts

12 | **Schuldenmacher und Sparkönige**
Konzepte gegen Ende des Wachstums

Afrika-Projekt am Gymnasium Finow

Eine neue Städtepartnerschaft mit Angola?

Angolanischer Gesandter Guido Castelbranco wirbt für Zusammenarbeit Eberswalde – Cuanza Sul

Eberswalde (bbp). Trotz des bevorstehenden Sonderkreistages zum Kreishausneubau kam Landrat Bodo Ihrke am 28. Januar persönlich ins Gymnasium Finow, um an der Eröffnungsveranstaltung für das neue Angola-Projekt der Schule teilzunehmen. Prompt wurde ihm von Schulleiter Hartmut Mahling die Schirmherrschaft über das Projekt angetragen.

Demgegenüber fand der Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz keine Zeit für das interessante Projekt. Er ließ sich vom Leiter der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit Dr. Mohamed Hamdali vertreten, der allerdings sowieso ins Finower Gymnasium gekommen wäre. Dem Gesandten des angolischen Botschafters Guido Castelbranco fehlte so der geeignete Ansprechpartner für seine Idee, zwischen der Stadt Eberswalde und der Provinz Cuanza Sul eine offizielle Partnerschaft zu knüpfen.

Cuanza Sul, führte Castelbranco aus, verfüge über beträchtliche wirtschaftliche Potenzen, die zum Teil bereits von deutschen Firmen genutzt werden. Durch die Präsenz der Hafenkranen in Luanda habe der Name Eberswalde in Angola einen guten Ruf, der durch die Schulpartnerschaft des Gymnasiums Finow mit dem Kinderzentrum in Alegria bestärkt wird. Natürlich ist auch das Schicksal, das Amadeu Antonio in Eberswalde erlitten hat, in seinem Heimatland nicht vergessen.

Letzteres gehörte mit zu den Beweggründen, daß sich seit 1998 Schüler und Lehrer des Finower Gymnasiums mit dem afrikanischen Land beschäftigen. Die gegenseitigen Besuche 2001 und 2002 bildeten die bisherigen Höhepunkte der Schulpartnerschaft mit dem Kinderzentrum in Alegria (Luanda).

Die Schülerinnen und Schülern, die 2001 Angola besuchten, haben inzwischen alle die Schule verlassen. Nach erfolgtem Generationswechsel in der AG Multikulturelle Interessen »Amisade« (= Freundschaft), soll es in diesem Jahr einen erneuten Besuch in Angola geben. Wie bisher spielt die Zusammenarbeit mit dem Berliner Entwicklungshilfverein OIKOS Eine Welt e.V. eine bedeutende Rolle. Die Reise wird im Rahmen des neuen im Herbst 2003 angelaufenen OIKOS-Entwicklungshilfepaketes zur Berufsförderung und zivilgesellschaftlichen Erziehung benachteiligter Jugendlicher in Luanda stattfinden. Mit einem Volumen von 200.000 Euro, sagte Dr. Bert Maciy von OIKOS, übersteige das neue Projekt deutlich den Umfang des bisherigen. Die bisherige Zusammenarbeit mit POSOCA, dem angolischen Träger der Kinderzentren, habe mit vergleichsweise wenig Aufwand ein-



Mitglieder der AG »Amisade« erläutern ihren Gästen die Inhalte des neuen Angolaprojektes am Gymnasium Finow. Aufmerksame Zuhörer sind (v.l.n.r.) Dr. Mohamed Hamdali, Leiter der Koordinierungsstelle für Toleranz, Landrat Bodo Ihrke, der Gesandte des angolischen Botschafters Guido Castelbranco und Dolmetscherin Jo.

Foto: G. Markmann

zigartige Ergebnisse gezeigt und die Fördermittelgeber im Entwicklungshilfeministerium (BMZ) überzeugt.

Neben den Kinderzentren wird künftig auch eine Lehrfarm in Dungo (Provinz Bengo) einbezogen. Hier erhalten etwa 100 Jugendliche aus den Kinderzentren eine landwirtschaftliche Ausbildung. Zugleich wird zur besseren Versorgung der Kinderzentren beigetragen. Die Finower Schülerinnen und Schüler wollen hier Tips zur Haltbarmachung von Obst beisteuern. Dazu befragen sie ihre Großeltern, wie sie zu Zeiten, als hierzulande Kühlschränke noch die Ausnahme waren, ihre Lebensmittel konserviert haben. Neben solchem praktischen Lebensbezug, der für beide Seiten Impulse verspricht, geht es bei dem neuen Projekt um den Ausbau des gegenseitigen Informationsaustausches und die Erweiterung der jeweiligen Horizonte.

Zur Projektvorbereitung sammelten die Finower schon mal fleißig Geld. Das Ziel, bis Weihnachten 2000 Euro zusammenzubekommen, verkündete Schulleiter Mahling stolz, habe man locker geschafft. Neben Spendensammlungen und Verkaufsbasaren sei auch das Preisgeld für den vom Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde gestifteten Eberswalder Toleranzpreis eingeflossen. Ariane Kirstein von »Amisade« übergab den symbolischen Scheck über 2000 Euro an Dr. Maciy. »OIKOS wird das Geld«, sagte Maciy, »zur Mitfinanzierung des ersten Containers verwenden, der im März im Rahmen des neuen Projekts mit Hilfsgütern nach Angola auf die Reise geht«. Für weitere Spenden für das Angolaprojekt, so Schulleiter Mahling, steht das Konto des Fördervereins des Gymnasiums Finow zur Verfügung (Kontakt: 03334/32060).

Gute Nachrichten Toleranz-Netzwerk auch in Bernau

Sehr geehrte Leser, Sie haben es sicher schon gemerkt, gute Nachrichten sind selten zu lesen. Wer kauft schon eine Zeitung wegen guter Nachrichten? Man liest lieber von Mord und Totschlag, Krieg, Vergewaltigung, Terrorismus, Überschwemmung, raffenden Managern und den anderen Bösewichtern dieser Welt. Dabei kann man sich über sein kleines Glück im trauten Heim so richtig freuen, wenn sich fern im Irak die Leute die Köpfe einhauen. Und weil das so ist, schreiben sich die armen Journalisten die Finger wund. Im Zweifel erfinden sie auch mal einen Skandal oder einen Bösewicht. Selbst der Präsident Bush weiß das, und hat sich an dem Laden und dem Saddam so richtig gesund gestoßen.

Aber es gibt auch gute Nachrichten. Davon soll hier die Rede sein.

Die Bundesrepublik Deutschland will die Armee verkleinern. Es soll weniger Geld für das Militärwesen ausgegeben werden. Die Armee soll Standorte aufgeben. Kasernen werden stillgelegt und Flugplätze geschlossen. Das Land hat weniger Panzer und Raketen. Im Ergebnis dieser Abrüstung sinkt die Fähigkeit, andere Länder anzugreifen. Zukünftig werden weniger junge Männer eingezogen und schikaniert. Weniger Frauen müssen um ihre Männer und Söhne bangen. Das Land und die Gesellschaft werden friedlicher. Man stelle sich vor, der deutsche Staat spart wirklich und das beim Militär. Ein Land mit militärischer Vergangenheit wird zahm und zahmer. Das machen die Sozialdemokraten ganz ohne Getöse Dieser Beschluß soll hier ausdrücklich gewürdigt werden. Macht weiter so Genossen. Wenn Ihr weiter nichts in die Reihe bekommt, schon dafür hat sich Eure Regierung gelohnt. Eine wirklich gute Nachricht. Wir sind stolz auf Euch. Macht weiter so. Einige Nörgler kritisieren hier ein bißchen und wollen dort noch einen Soldaten weniger. Sozialverträglich und umweltfreundlich sollte die Abrüstung schon sein. Aber so richtig freuen kann sich darüber kaum einer. Man hört kaum ein Kommentar. Als ob die Abrüstung selbstverständlich wäre. Neuerdings wollen sogar die Amerikaner Soldaten aus Deutschland abziehen. Die haben offensichtlich auch etwas gemerkt.

Naja ich freue mich darüber, denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF

32 Bernauer Bürgerinnen und Bürger kamen am 26. Januar im Treff 23 zusammen, um in ihrer Heimatstadt ein Netzwerk für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit zu gründen. Die Initiatoren des Netzwerkes kommen aus der Bürgergesellschaft, Politik, Kirche, Schulen, Polizei sowie Migranten aus Bernau.

Bei der Gründungsversammlung wurden Aufgaben und Ziele der Arbeit des Netzwerkes diskutiert. Ziel des Netzwerkes ist es, sich mit Rechtsextremismus Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auseinanderzusetzen und das Bürgereengagement für Toleranz zu fördern. Als Informations- und Kooperationsplattform soll das Netzwerk Initiativen und Aktivitäten in Bernau vernetzen und Engagement bündeln. Die Diskussionsteilnehmer waren darüber einig, daß rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen kein Jugendphänomen, sondern tief verwurzelt in der Mitte der Gesellschaft sind.

Als Zusammenschluß ist das Netzwerk offen für alle Bürgerinnen und Bürger, die gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit etwas tun wollen. Das Netzwerk versteht sich als eine Bürgerinitiative. Alle Mitwirkenden sind gleichberechtigt; wer kommt entscheidet mit.

Im Auftrag des Netzwerkes

**Dr. MOHAMED HAMDALI
und DANILO FEIGEL**

Netzwerk
für Toleranz und Weltoffenheit
- eine Bernauer Bürgerinitiative -

Wir sind vorerst als Kerngruppe unter folgenden Telefonnummern erreichbar:

Ilona Flemming 03338 701457
Dr. Mohamed Hamdali 03334 64236
Danilo Feigel 03338 761056

Friedensbündnis

Froh über Schützenfest-Absage

Eberswalde (bbp). Mit Antikriegsprotesten will das Bündnis für den Frieden Eberswalde (Mitglied bei attac) im März an den Beginn des Irak-Krieges erinnern. Die Warnungen, daß mit einem Krieg keine Probleme gelöst würden, hätten sich bewahrheitet, hieß es auf der Bündnisberatung am 27. Januar. Kaum ein Tag vergehe ohne Meldung über Anschläge und Guerillaaktionen im Irak. Ein weiterer Diskussionspunkt war der Zusammenhang und die Wichtung zwischen reinen Friedensaktionen

und Aktivitäten auf sozialem Gebiet, wie sie durch die Verbindung mit attac verstärkt in die Arbeit des Bündnisses einfließen.

Mit Genugtuung nahmen die Mitglieder des Friedensbündnis die Nachricht auf, daß es entgegen der ursprünglichen Planung in Verbindung mit der 750-Jahr-Feier nun doch kein groß angelegtes Schützenfest in Eberswalde geben wird. Die nächste Zusammenkunft ist am 10. Februar, 19.30 Uhr, wieder im Gemeindezentrum in der Eisenbahnstraße 84.

Eberswalde am 1. Mai

Eberswalde (as/bbp). Am 19. Januar fand beim DGB ein erstes Vorbereitungstreffen für die diesjährige Mai-Veranstaltung statt. Die traditionelle Mai-Demonstration wird wie in jedem Jahr um 10.30 Uhr vom Eberswalder Busbahnhof starten. Um 11 Uhr findet dann auf dem Marktplatz eine Kundgebung statt. Die nachfolgenden kulturellen Angebote werden in diesem Jahr nicht den Umfang des »Festes der Kulturen« erreichen. Die zahlreichen anderen Festivitäten im Zusammenhang mit 750-Jahr-Feier und Brandenburger Tag binden vor allem

seitens der Stadt zu viele Kapazitäten. Ein neues »Fest der Kulturen« soll es dann im Jahr 2005 geben. Am 11. Februar wird es um 10 Uhr in den Räumen der Koordinierungsstelle für Toleranz (Dr. Zinnweg 18) die Planungs- und Informationsveranstaltung für Organisationen, Parteien und Verbände geben. Nach wie vor sind Ideen gefragt für Aktionen und das Rahmenprogramm. Ebenso können Stellplätze auf dem Markt gebucht werden. Wer sich einbringen kann und möchte, ist herzlich eingeladen.

IN ALL DEN WIRRUNGEN UND IRRUNGEN VON ROT-OLIVGRÜN MENDELT SICH DURCHAUS EIN KONSISTENTES PROGRAMM HERAUS, EIN SOZIALES ABRÜCK- UND AUSSCHLUßPROGRAMM. DER SCHRÖDERSCHE »PRAGMATISMUS« SETZT NEUE MAßSTÄBE UND BRINGT DIE »BERLINER REPUBLIK« AUF EINEN KONSEQUENT WIRTSCHAFTSKOMPATIBLEN KURS IN DER SOZIALPOLITIK, DER SICH AUF DEN EINSATZ DER ARBEITSPOLITIK ZENTRIERT. GEBT DEM NEUEN KANZLER FÜNF JAHRE ZEIT, UND IHR WERDET DIE BUNDESREPUBLIK NICHT WIEDERERKENNEN. KOHL HATTE EINST VON EINER GEISTIG-MORALISCHEN WENDE GESPROCHEN, ABER ERST ROT-GRÜN STEHT FÜR EINEN WIRKLICHEN UMBRUCH IM SCHLIMMSTEN SINNE DES WORTES. UND DER GEHT NOCH VIEL TIEFER ALS DAS, WAS BLAIR GERADE IN GROßBRITANNIEN UNTERNIMMT. SELBST WENN SCHRÖDERS KANZLERSCHAFT AUCH NICHT ANNÄHERND SO LANGE WÄHREN SOLLTE WIE DIE SEINES VORGÄNGERS, DAS ROT-GRÜNE REGIME IST DENNOCH ALLEMAL MEHR ALS EIN INTERMEZZO. ES SPIELT IN EINER HISTORISCHEN SCHLÜSSELPHASE EINE TRANSISTORISCHE ROLLE. DENN ES BRINGT DIE POLITIK ENTSCHEIDENDE SCHRITTE NÄHER AN DEN BERUF HERAN, DEN SIE IM NIEDERGANG DER WAREN-GESELLSCHAFT ALLEIN AUSFÜLLEN KANN: DIE FUNDAMENTALE KRISE DER ARBEITSGESELLSCHAFT ZU LEUGNEN UND GLEICHZEITIG DIESE KRISE DURCH DEN EXTERNALISIERUNG ZU EXEKUTIEREN.

ERNST LOHOFF, »Einer muß den Bluthund machen«, Krisis Nr. 23 (April 2000)

Schülerbeförderungskosten

Ursachen, Folgen und Alternativen

Die Erhebung von Kostenbeiträgen zur Beförderung der Schüler in die ihnen zugewiesenen Schulen bürdet den Eltern erhebliche Belastungen und den Landkreisen erhebliche Bedenken auf. Im Landkreis MOL haben wir erreicht, daß die bereits beschlossene Satzung wegen Rechtsmängeln und wegen politischer Bedenken vom Kreistag zurückgenommen werden mußte.

Nun muß auch bedacht werden, daß tausende Kinder, die in weit von den Dörfern entfernte Schulen zwangsumgeschult wurden, ohne Bus überhaupt nicht mehr eine Schule betreten können. **Der Schulbus-Kosten-Beitrag der Eltern kommt daher einer Schulgelderhebung gleich, und diese ist verfassungswidrig.**

Wir meinen, daß es nötig ist, die Ursache zu nennen, die zum Ansteigen der Kosten für den Schülertransport geführt haben. Diese liegen darin, daß viele Schulen auf dem Lande geschlossen worden sind. Die Landesregierung war davor gewarnt worden. Ohne jegliche Kostenhöhung hätte der Unterricht weitergeführt werden können, und daß in Klassenzim-

mern nur noch 14 Schüler sitzen anstatt 28 oder 35, wäre für Schüler und Lehrer ein beträchtlicher Gewinn gewesen. Den Schülern wären lange, anstrengende und nerventötende Busfahrten erspart geblieben, die ihnen Zeit, Kraft und Lust zum Lernen rauben. Erwerb von Bildung sowie von kulturellen und ethischen Werten wird geschmälert. Die Anfälligkeit von Jugendlichen für asoziales Verhalten wächst. Ein Platz im Gefängnis kostet aber etwa das Zehnfache eines Schulplatzes in der Dorfschule. Und wo keine Schule mehr im Dorfe ist, da fehlt ein Stück von dörflicher Identität.

Im Bezug auf die derzeitige landesweite Problematik der Schülerbeförderungskosten werden wir zu einer gemeinsamen Beratung von Interessenvertretern der Eltern aus allen Landkreisen Brandenburgs zusammentreffen.

Die Veranstaltung findet am Sonnabend den 7. Februar, von 10 Uhr im Veranstaltungsgelände »Kulti 88«, Karl-Marx-Allee 6, 15320 Neuhardenberg, statt. *Eltern für Schüler e.V.* (<http://www.eltern-fuer-schueler.de>)

Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V.

Ergebnisse füllen ganze Schränke

Eberswalde (bbp). Am 28. Januar trafen sich die Mitglieder des Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V. zu ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung. Im Rahmen des von ihm getragenen Geschichtswissenschaftlichen Instituts befaßt sich der Verein vor allem mit Forschungen zu den während der Zeit des Faschismus in Eberswalde und Umgebung errichteten Zwangsarbeiterlagern und KZs. Dabei steht die Kontaktaufnahme mit ehemaligen Häftlingen und Zwangsarbeitern im Mittelpunkt. Mittlerweile füllen die Interviews, Videofilme, Briefe und Aufzeichnungen ganze Schränke in den vom Verein genutzten Räumen in der Schwärzese-Grundschule. Die Arbeitsergebnisse fließen demnächst sogar in eine in Washington erscheinende Enzyklopädie und in ein mehrbändiges Lexikon ein, das in Dresden herausgegeben wird.

Auf die im vergangenen Jahr beabsichtigte Ausweitung der vom Arbeitsamt geförderten Maßnahmen mußte der Verein wegen der allgemeinen Kürzungen auf diesem Sektor verzichten. Nach Auslaufen ihrer drei ABM-Stellen im Frühjahr 2003 kann der Verein über SAM nur noch Ewa Stendel beschäftigen, deren Fähigkeiten als Dolmetscherin dringend für die Kontakte nach Polen und die Übersetzung der Erinnerungen polnischer Häftlinge

und Zwangsarbeiter gebraucht werden. Das umfangreiche Material aus den Kontakten mit ukrainischen Zwangsarbeitern kann hingegen derzeit nur ehrenamtlich bearbeitet werden. Der Vereinsvorsitzende Holger Kliche hofft deshalb darauf, daß es mit der Kofinanzierung für die vom Arbeitsamt bereits zugesagte zweite SAM-Stelle noch klappen wird.

Mit nur einer Stelle werde es auch schwer, so Holger Kliche, die Aktivitäten an der Schwärzeseegrundschule im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten. Beliebt bei den Schülern ist beispielsweise die AG Modellbau, in der originalgetreue Modelle der erforschten Lager gebaut werden. Für die AG Dokumentarfilm gibt es bereits wieder neue Anmeldungen. Auch in den Unterricht vornehmlich der 6. Klassen wird der Verein einbezogen. Nach den Winterferien wollen die Kinder Ostergrüße an ehemalige Zwangsarbeiter in Polen schreiben.

Die Kontakte nach Polen wurden inzwischen zur offiziellen Kooperation, was die Forschungsmöglichkeiten enorm ausweitete. Anlässlich der 750-Jahr-Feier hofft der Verein, daß mehrere der ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter nach Eberswalde kommen können. Für sie wäre es das erstmal, daß sie die Stadt besuchen, nachdem sie vor 60 Jahren zwangsweise hier waren.

Für bessere Bildungspolitik

Volksinitiative

Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten soll zurückgenommen werden

Reitwein (bbp). Bis Ende April will der Verein Eltern für Schüler e.V. die notwendigen 20.000 Unterschriften für die Volksinitiative für eine bessere Bildungspolitik zusammenbekommen. Im Forderungstext heißt es:

Die Unterzeichneten fordern, daß der Landtag des Landes Brandenburg

1. die von ihm am 10. Juli 2003 beschlossene Änderung von § 112 im Schulgesetz des Landes Brandenburg zurücknimmt, wonach die Landkreise gezwungen sind, die Eltern schulpflichtiger Kinder an den Kosten zur Schülerbeförderung zu beteiligen.

2. die Einhaltung der Verfassung beachtet, wonach im Artikel 30 Schulgeldfreiheit besteht und die Schulen durch das Land zu fördern sind.

3. die Regierung zwingt, das Schulgesetz zu respektieren, wonach durch § 4 die Schulen erhebliche Pflichten haben, um den heranwachsenden Kindern Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen zu vermitteln.

4. im Hinblick auf Schulgesetz § 4 die Regierung zwingt, die Lern- und Lebenszeit der Schülerinnen und Schüler zu achten, anstatt den heranwachsenden Kindern kostbare Zeit zu nehmen, die sie wegen Schulschließung sinnlos im Schulbus zubringen müssen.

5. im Hinblick auf Schulgesetz § 4 die Regierung zwingt, die Chance zu nutzen, aufgrund gesunkener Schülerzahl die Klassenfrequenz (Anzahl von Schülern pro Klasse) erheblich zu senken.

Die Unterschriftenlisten (per E-Mail als pdf-Datei auch über bbp@telta.de zu beziehen) sind einzusenden an: Eltern für Schüler e.V., Birkenweg 6, 15328 Reitwein.

Kooperationsoffensive KMU

Am 12. Februar erfolgt in der Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau im Beisein von Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns die Abschlußpräsentation des Gemeinschaftsprojektes »Kooperationsoffensive für KMU (Klein- und mittelständische Unternehmen) in der Euroregion POMERANIA«.

Ziel des Projektes, an dem sich die Landkreise Uecker-Randow, Uckermark und Barnim sowie Kolobrzeg, Police und Gryfino beteiligten, war es, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Euroregion zu stärken. Der Entwicklung grenzüberschreitender Partnerschaften zwischen klein- und mittelständischen Unternehmen, aber auch zwischen Sozialpartnern wurde besondere Bedeutung beigemessen.

Liebe Freunde der guten Unterhaltung! Wir laden ein zum Abschlußkonzert zu unserer cd-produktion »HELDEN DER ARBEIT« (www.exil-eberswalde.de). 28. Februar im EXIL am Bahnhof Eisenspalterei: CUT MY SKIN (ex-scattergun-patty) und sittenleere. **EXIL e.V.**

»Wenn man in diese Kinderaugen guckt ...«

»Ghana ist ein Land im Westen Afrikas mit 19 Millionen Einwohnern. Die meisten bitterarm. Helfen Sie uns, zu helfen!« Mit diesem Aufruf wandte sich Ende vorigen Jahres die Eberswalder Firma MP-TEC an die Öffentlichkeit (BBP 1/2004). Von Firmengründer Michael Preißel erfuhr die »Barnimer Bürgerpost« jetzt einiges zu den Hintergründen der Aktion.

MP-TEC gibt es jetzt seit zwei Jahren. »Die Verknappung von Rohstoffen zur Energiegewinnung ist nicht aufzuhalten«, heißt es in der Firmenbroschüre. Preissteigerungen, Katastrophen wie Hochwasser, Stürme und Erderwärmung und sogar Kriege um Öl seien zur »Normalität« im 21. Jahrhundert geworden. »Mit unseren Produkten und Dienstleistungen wollen wir Mensch und Umwelt dienen – heute und in der Zukunft.« Die vom Technologie- und Gewerbetpark Eberswalde (TGE) aus agierende Firma hat sich deshalb den Erneuerbaren Energien verschrieben. Zur Angebotspalette gehören solarthermische und Photovoltaikanlagen einschließlich zugehöriger Speicher- und Regeltechnik sowie Holzheizanlagen.

Wegen der »aktuell supergünstigen Förderung« durch das EEG (Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien) steht derzeit die Photovoltaik an erster Stelle der Aktivitäten. Dabei sind die 10 Mitarbeiter von MP-TEC faktisch weltweit tätig. Neben mehreren europäischen Ländern hat die Solarfirma ihre Kunden in Kasachstan, in Südamerika und in Afrika mit Schwerpunkt Ghana.

Neben der Ausstattung von Regierungsgebäuden mit sogenannten Backupsystemen, die mittels Solarstrom und Batterien die Stromversorgung auch während der häufigen Stromaus-

fälle sicherstellen, werden an Standorten ohne Anschluß an das Stromnetz auch autarke Insellösungen installiert. Solche Inselsysteme werden als Entwicklungshilfeprojekte über die EU, das bundesdeutsche Entwicklungshilfeministerium oder verschiedene Hilfsorganisationen finanziert.

»Als wir Ende November/Anfang Dezember unseren Geschäftspartner in Ghana besuchten«, berichtet Michael Preißel, »machten wir auch einen Abstecher an den Ort einer dieser Insellösungen«. Dabei handelt es sich um eine Insellösung im wahrsten Sinne des Wortes. Das mit diesem Photovoltaik-Inselsystem ausgestattete Dorf liegt etwa 100 km östlich der Hauptstadt Accra auf einer Insel mitten im Delta des Volta-Rivers, dem größten Fluß Ghanas. »Am Flußufer«, erzählt Michael Preißel, »wurden wir von zwei solchen Einbäumen abgeholt. Links und rechts im Wasser sah man die Krokodile. Zwei Mann paddelten, ein dritter schöpfte das Wasser aus dem Kanu. Nach einer Dreiviertelstunde erreichten wir die Insel und erhielten einen superherzlichen



»Am Flußufer wurden wir von zwei solchen Einbäumen abgeholt.« Foto: M. Preißel

Empfang. Auf dieser kleinen Insel leben etwa 1000 Menschen, davon rund 400 Kinder.«

In den Städten, zumindest in den Zentren, ähneln die Verhältnisse durchaus dem gewohnten europäischen Standard. So sind in Accra beispielsweise Handys fast so verbreitet wie in der Bundesrepublik. »Aber was wir dort auf der Insel sahen, war Armut pur. Zwar verhungert in Ghana niemand, die essen halt, was die Natur bietet. Fische und Obst. Aber mit der ärztlichen Versorgung sieht's schlecht aus, weil sich das niemand leisten kann. Kleidung ist ein Problem und Spielsachen. Wenn jemand Arbeit hat, dann verdient er etwa 30 Euro im Monat. Das ist schon ein guter Verdienst.«

Nach dem Empfang versammelte sich das halbe Dorf unter dem Mangobaum des Pala-verplatzes. »Wir hatten eine Riesentüte Süßigkeiten, die wir an die Kinder verteilten. Ich hatte mir vorher gedacht, die prügeln sich. Aber gar nicht. Die Größeren geben halt den Kleineren ab. Das ist schon eine ganz herzliche Gemeinschaft. Aber wenn man dann in diese Kinderaugen guckt, das ist schon ergreifend. Und da kam spontan die Idee, auch außerhalb unserer Geschäfte etwas für die Menschen dort zu tun. Zunächst haben wir dem Dorfchef und dem Lehrer ein bißchen Geld dagelassen, es war ja kurz vor Weihnachten, damit die den Kindern ein paar Süßigkeiten kaufen können. Und wir haben versprochen, daß wir in Deutschland ein paar Sachen anschieben, um das Leben dieser armen Menschen einfacher zu machen.«

G.M.

(Fortsetzung folgt)

Spenden an: MP-TEC, Alfred-Nobel-Str. 1 (Haus 20), 16225 Eberswalde, Tel. 03334/594444 oder 03334/429347, eMail: preissel@mp-tec.de

Eine Berliner Initiative: Anders Arbeiten

Was wir tun

Wir führen in Berlin Veranstaltungen durch zu verschiedenen Themen rund um »Anders Arbeiten«. Wir stellen damit eine Öffentlichkeit her sowohl für Kritik an den herrschenden (Arbeits-) Verhältnissen, als auch für Ansätze anderer, selbstbestimmter Arbeitsformen. Mit dem Kongress »Anders Arbeiten - oder gar nicht?!« im April 1999 in der Humboldt-Universität haben wir in verschiedenen Arbeitsgruppen und Podiumsveranstaltungen ein »Berliner Frühlingspapier« zu aktuellen Themen rund um Arbeit, Arbeits-Förderung, Nicht-Arbeit, Arbeits-Zwang, Grundsicherung etc. erarbeitet. Unser monatliches Plenum tagt jedem 2. Dienstag im Monat öffentlich im Kreuzberger Mehringhof.

Was wir wollen

Angesichts der aktuellen Entwicklungen von Erwerbslosigkeit, Individualisierung, Armut und Ausgrenzung wollen wir verschiedene

Ansätze und Erfahrungen von Widerstand und praktischen Alternativen zusammenführen. Für den Ausbau einer sozialen Ökonomie und die Zukunft der Arbeit sind wir uns in folgenden Zielen einig:

- dem Recht auf Existenz im Sinne einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne Arbeitszwang,
- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, von Nord nach Süd,
- der gleichen Verteilung und Bewertung von Arbeit zwischen den Geschlechtern, der Bereitstellung von Möglichkeiten zur selbstverwalteten und kollektiven Arbeit,
- der Notwendigkeit einer Neubewertung von Arbeit, die sich am Gebrauchswert orientiert.
- der Ablehnung aller Formen von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder anderer persönlicher Merkmale oder Eigenheiten.

Diese Vorstellungen einer sozialen Ökonomie wollen wir gesellschaftlich stärken. Wir

werden unsere Utopien für ein anderes Arbeiten weiterentwickeln und Strategien zu ihrer Verwirklichung diskutieren.

Wer wir sind

Wir haben uns im Herbst 1998 in Berlin auf Initiative von NetzwerkSelbsthilfe und in Kooperation mit Contraste zur Vorbereitung des Kongresses »Anders Arbeiten - oder gar nicht?!« zusammengefunden.

Nach dem Kongress haben wir eine regelmäßige Zusammenarbeit als loses, aber doch verbindliches Netzwerk unterschiedlichster Menschen beschlossen. Wir kommen aus verschiedenen Projekten, Netzwerken, Initiativen und suchen nach gesellschaftlichen und auch persönlichen Alternativen.

Wir freuen uns über Neue, die mitmachen, mitdiskutieren oder ihre eigenen Impulse und Ideen einbringen möchten.

Kontakt: mailto:Netzwerk-Kongress@t-online.de, KooperativesProjekt RegionBerlin aus LIST48 - Mailingliste zu Wertkritik u.a.

Der leere Stuhl

von Christian Rehmer

Etwas kommt auf die europäischen Verbraucher zu, was ökologische Schwarzmalter schon seit geraumer Zeit an die Wand malten. Dank der EU müssen ab dem 1. April 2004 gentechnisch veränderte Lebensmittel auf den Verpackungen gekennzeichnet werden. Dies wird zur Folge haben, daß wahrscheinlich ab dem kommenden Sommer die ersten Maissorten, welche nicht mehr traditionell gezüchtet werden, sondern die Kreativität einzelner Forscher in sich tragen, in der EU zugelassen werden. Bereits im Herbst wird dann in unseren Supermärkten offiziell »gentechnisch veränderter Mais auftauchen« so Verbraucherministerin Künast am 12. Januar in der Berliner Zeitung.

Wir werden dann also nicht mehr nur zwischen »Bio« und »Konventionell« zu wählen haben, sondern auch noch »Gentechnisch veränderte Lebensmittel« in den Regalen finden, die zumindest zum Teil aus gentechnisch veränderten Organismen (GVO) bestehen. Das ist wahrscheinlich schon seit vielen Jahren so, nur wurden wir bisher nicht durch eine Aufschrift auf der Verpackung über die möglichen gentechnisch veränderten Bestandteile in unserer Erdnussbutter aus den USA hingewiesen. So gesehen kann man den Vorstoß der EU nur gut heißen, da er doch vermeintlich für mehr Transparenz sorgen wird!

Oberflächlich betrachtet gewinnt der Kunde ein hohes Maß an Wahlfreiheit: »Wenn der Ver-

braucher gentechnisch veränderte Pflanzen nicht will, werden wir diese auch nicht produzieren!« so Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes. (BZ/12/01) Aber wieviel Wahlfreiheit werden wir denn letztendlich haben? Wie sicher können denn die besten Kontrollen sein, die Künast einführen will?

Wenn man dem ganzen Gen-Rätsel ein wenig auf den Zahn fühlt, kristallisieren sich für den Besucher des Supermarktes folgende drei Probleme heraus:

1) Er wird nur mit einer Lupe bewaffnet einkaufen gehen können, denn die Information, ob es sich um Gen-Lebensmittel handelt, wird genauso klein gedruckt werden, wie die Zutaten. Und wer liest die schon alle durch? Kein Siegel soll eingeführt werden, welches dem Verbraucher auf dem ersten Blick verdeutlichen kann, um was für ein Lebensmittel es sich denn nun in seinen Händen handeln mag!

2) Wenn er die Prozedur des »kleine Schriften-Entzifferns« hinter sich gelassen und sich für ein konventionelles Produkt entschlossen hat, wird er oftmals 0,9% gentechnisch veränderte Bestandteile mit nach Hause nehmen. Alle Lebensmittel, die nur bis zu 0,9% aus GVOs bestehen, gelten als »Konventionell« und müssen daher nicht gekennzeichnet werden.

3) Es werden nur solche Lebensmittel als Gen-Food ausgezeichnet, die direkt aus GVOs

oder deren Teilen bestehen. Wenn aber die Milch, die ich kaufen möchte, von einer Kuh stammt, die man mit Gen-Mais gefüttert hat, dann wird diese Milch als »Konventionell« und nicht als »Gen-Food« vermarktet werden.

So haben die Gentechniker drei Möglichkeiten ihre »Kreationen« ohne mein Wissen und meine Zustimmung durch die Hintertür in meinen Kühlschrank zu schmuggeln. Das sind drei Gründe, bei welchen es mir als Verbraucher schlecht wird und ich Angst um meine zukünftige Ernährung bekomme!

Wo bleibt denn da noch die Wahlfreiheit? Müssen wir denn jetzt alle beim Bioladen einkaufen, um sicher gehen zu können, daß wir keine GVOs in unserer Nahrung haben? (Lebensmittel, die ökologisch produziert worden sind, dürfen nämlich keine GVOs beinhalten!) Man mag über die Gentechnik denken wie man will, sicher hat sie nicht nur schlechte Seiten. Ich will aber die Freiheit haben, wählen zu können, ob und wenn ja, wie viel Prozent GVOs in meiner Nahrung sein sollen! Welch' ein unsichere Zukunft für die Verbraucher aber auch die Gastronomie.

Die Mensa wird dann nicht mehr so voll sein und auch der Italiener um die Ecke wird wahrscheinlich mehr leere als volle Stühle haben, denn für die Gemeinschaftsverpflegung in Kantinen und Restaurants gilt auch keine Kennzeichnungspflicht. Vielleicht muß man sich die Mühe machen eine »Gen-Food«, eine »Konventionelle« und eine »Bio«-Speisekarte zu entwerfen, wenn man noch ein paar Stühle besetzt haben möchte!

Na dann, Guten Appetit!

Das ist Permakultur!

Beginnend mit Informationen über eine Veranstaltung an der Fachhochschule Eberswalde (BBP 5 und 6/2003) informierten wir im Laufe des vergangenen Jahres mehrfach über die Permakultur als eine Form des nachhaltigen Wirtschaftens. Die beiden Beiträge von Daniel Fischer, Student an der FH Eberswalde, »Natur als Vorbild - Der Mulchgarten« (BBP 8-10/2003) und »Das Paradies ist nicht weit entfernt« (BBP 11 und 12/2003) gehörten dazu. In dem heutigen Beitrag nun soll noch einmal in zusammengefaßter Form erläutert werden, was unter Permakultur zu verstehen ist.

Permakultur ist ein Weg, nachhaltige Lebensräume und Systeme zu unterstützen, zu entwerfen und aufzubauen. Diese sollen der Natur und dem Menschen dauerhafte Lebensgrundlagen sichern helfen – ökologisch, sozial und ökonomisch. Auf Grundlage langfristiger Beobachtungen von Pflanzen, Tieren und anderen Elementen in allen ihren Funktionen, Einsatz von altem und neuem Wissen, werden Modelle entwickelt, wie sich lebendige Systeme selbst erhalten und regenerieren können.

Statt Störungen zu bekämpfen, werden sie Teil der Lösung. Permakultur arbeitet mit vielfältigen Annäherungen an unsere Mitwelt. Als Planungs- und Entwurfsmethode stellt sie bezüglich des Menschen z.B. wieder Bedürfnisse wie Nahrung, Energie und Wärme in den Mittelpunkt, legt aber auch großen Wert auf den sinnlichen Bezug zur Mitwelt. Hier macht sie seine persönliche und funktionale Beziehung zum Gesamtgefüge klar und umgekehrt.

Grundhaltungen der Permakultur:

Jede Ressource oder Standort-Voraussetzung kann sowohl als Nachteil oder als Vorteil erachtet werden. Alles hängt davon ab, wie und ob sie genutzt werden können. Starke Winde können als Nachteil für den Anbau bestimmter Pflanzen betrachtet werden, oder aber es gelingt, den Wind für die Energiegewinnung zu nutzen und den Pflanzenbestand durch Windschutzgürtel mit robusten Arten vor den nachteiligen Effekten zu schützen.

Permakultur ist nicht energie- oder kapitalintensiv, sondern erfordert Beobachtung und Kreativität. Nicht die Größe eines zur Verfügung stehenden Grundstückes oder die Menge

der Ressourcen bestimmen die Zahl der Möglichkeiten seiner Nutzung. Vielmehr hängt es von unseren Fähigkeiten ab, die Entwicklung einer Vielzahl von Nischen und damit Lebensräumen – auch für den Menschen – zu unterstützen.

»Zehn Goldene Regeln«

Die folgenden 10 Regeln können als Leitlinien für das Design nach Permakultur-Leitlinien dienen:

1. Alle Elemente eines Systems stehen miteinander in Wechselwirkung
2. Jedes Element erfüllt mehrere Funktionen
3. Jede wichtige Funktion wird von mehreren Elementen getragen
4. Effiziente Energienutzung in jeder Hinsicht
5. Nutzung natürlicher Ressourcen
6. Gewinnung und Speichern von erneuerbaren Energien, Schließen von Kreisläufen
7. Kleinmaßstäbige, intensiv genutzte Systeme
8. Nutzung und Mitgestaltung von Entwicklungen und Abläufen in der Natur
9. Vielfalt statt Einfalt
10. Randeffekte fördern und nutzen

PDS-Fraktion hört beide Seiten

Die PDS-Fraktion befaßte sich im Januar erneut mit der LAGA-Nachnutzung. Nachdem im Dezember Frau Erhard, Ehefrau und geistiger Kopf der Geschichten um das »Traumzauberland« die Position von Lakomy in der Fraktion der PDS erläutert hatte, ließ auch Dr. Hensch sich nicht zweimal bitten den Mitgliedern seine Sicht auf das vergangene Jahr und die Zusammenarbeit oder vielleicht mehr die Auseinandersetzung mit Reinhard Lakomy darzustellen.

Die in beiden Sitzungen getätigten Aussagen über Ursachen des Zerwürfnisses um das »Traumzauberland« als Grundidee der LAGA-Nachnutzung konnten widersprüchlicher nicht sein. Deutlich wurde, daß beide Seiten mehr oder wenigstens anderes voneinander erwartet hatten, als dann in der Realität eingetreten ist. Der Enttäuschung beiderseits folgte der Frust aufeinander. Wahrlich keine gute Grundlage für eine gedeihliche Zusammenarbeit.

Wahrscheinlich ist, daß nun die Zeit der Abrechnung und Aufrechnung folgt.

Für die Stadtverordneten der PDS ist das mit Blick auf die Zukunft auf keinen Fall das geeignete Mittel um die Attraktivität der Stadt als touristischer Anziehungspunkt in der Region zu steigern.

Ein wirklicher Neuanfang ist hier gefragt, kein rückwärts Blicken auf die Erfolge der Landesgartenschau oder das Scheitern der Idee vom Traumzauberland sondern Offenheit für Neues, verbunden mit dem nüchternen Blick auf die realen Möglichkeiten eines Familiengartens in der Region Barnim/Uckermark plus den Nordosten von Berlin als Einzugsbereich. Nicht zuletzt die Haushaltslage dieses und der folgenden Jahre wird bestimmen, wie attraktiv das ehemalige LAGA-Gelände in der Zukunft wird. Ans Aufgeben denkt bei der PDS dabei keiner. Angesichts der des Geschaffenen und der damit verbundenen finanziellen Aufwendungen beinahe selbstverständlich.

WOLFGANG SACHSE, Fraktionsvorsitzender

Gegen Privatisierung

Für die PDS ist die Privatisierung der Landeskliniken keineswegs die beste Alternative. Eine mögliche Option wäre, die Kliniken unter dem Dach einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu führen. Damit könnte auch die sinnvolle Einbindung in regionale Versorgungsnetze besser gewährleistet werden. Bei den Privatisierungsbestrebungen der Landesregierung spielen offenbar allein kurzfristige Finanzüberlegungen eine Rolle. Einmalige Einnahmen aus einer Veräußerung ändern aber nichts daran, daß das Land als Kostenträger dauerhaft in finanzieller Verantwortung bleibt. Völlig offen ist, wie künftig mit dem in die Kliniken integrierten Maßregelvollzug zu verfahren ist. Nach bisheriger Gesetzeslage ist eine private Betreuung ausgeschlossen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Subventionsgrab LAGA-Nachnutzung

Die Fraktion der PDS in der StVV Eberswalde wandte sich zum Thema LAGA-Nachnutzung mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit (»PDS-Fraktion hört beide Seiten« auf dieser Seite). Da hier im Namen der gesamten Fraktion gesprochen wird, sehe ich mich veranlaßt, mit meiner abweichenden Meinung ebenfalls die Öffentlichkeit zu suchen.

Der gegebenen Sachverhaltsdarstellung kann ich durchaus folgen. Der Schlußfolgerung »Ein wirklicher Neuanfang ist hier gefragt, kein rückwärts blicken auf die Erfolge der Landesgartenschau oder das Scheitern der Idee vom Traumzauberland sondern Offenheit für Neues«, jedoch nicht mehr. Der Blick auf die Vergangenheit ist keineswegs rückwärts gewandt. Manöverkritik ist vielmehr ein wichtiges Mittel zur Vermeidung künftiger Fehler.

Im übrigen wird mit diesen Formulierungen die bis dahin postulierte Neutralität aufgegeben. Strich unter die gebaute Sch... und Neuanfang ist genau das, was Dr. Hensch fordert.

Die LAGA war eine schöne Sache und hat auch das Image Eberswaldes aufpoliert. Auch die sanierten Industrieruinen der Eisenspalterei sind sicherlich positiv zu bewerten. Aber die wirklichen Probleme Eberswaldes wurden dadurch nicht gelöst. Im Gegenteil. Es wurden und werden erhebliche Mittel gebunden, die ansonsten für andere Dinge zur Verfügung gestanden hätten bzw. stehen würden.

Deshalb kann ich dem Schlußsatz der Pressemitteilung: »Ans Aufgeben denkt bei der PDS dabei keiner. Angesichts des Geschaffenen und der damit verbundenen finanziellen Aufwendungen beinahe selbstverständlich«, keinesfalls zustimmen. Das liest sich für mich so: weil schon soviel Geld verschwendet wurde, ist es selbstverständlich, daß weiterhin Geld verschwendet werden muß. In diesem Boot sitze ich nicht mit drin.

Flugplatz Finow

Altholzentsorgung gesichert

Durch Vermittlung des Landtagsabgeordneten Heinz Dobberstein erreichte uns nachfolgende Meinungsäußerung zu dem Beitrag »Altholz gefährdet weitere Entwicklung« in BBP 12/2003.

Die Nachrichten aus dem o.g. Artikel könnten vom Sender Jerewan kommen, denn sie stimmen nur von dem Grundsatz, daß Altholz vom Flugplatz Finow entsorgt werden muß, aber eben nicht im Detail.

Der mit dem Entsorger abgeschlossene Vertrag sieht eine vorschriftsmäßige Entsorgung im Zeitraum Juli 2003 bis Mai 2004 vor. Die Entsorgung wird gegen ein vereinbartes Entgelt durchgeführt. Das heißt, der Auftraggeber – die WVZ – zahlt dafür und verdient nicht dabei, wie unterstellt.



Foto: A.T.

Sowohl das Lakomy-Konzept als auch das jetzt umbenannte Finowtopia können nur erfolgreich sein, wenn weitere Millionen auf dem LAGA-Gelände verbuddelt werden. Dabei bedeutet Erfolg allerdings lediglich, daß dieses Freizeitangebot in Massen von Berlinern oder anderen auswärtigen Gästen genutzt wird. Dabei muß klar sein, daß es nach den bisher bekannten Konzepten immer ein subventioniertes Freizeitangebot bleiben wird. Und alle Schönrederei wird nicht darüber hinwegtäuschen können, daß am Ende die Last der Subventionen von der Stadt Eberswalde zu tragen ist.

Mit Blick auf die aktuelle und künftige Haushaltslage der Stadt kann es aus meiner Sicht nur darum gehen, bei bestmöglicher Nutzung des Geschaffenen für das Eberswalder kulturelle Leben, die über das Maß normaler Kultursubvention hinausgehenden Aufwendungen weitestgehend herunterzufahren.

GERD MARKMANN

Der Vertrag und seine Durchführung obliegen der ständigen Überwachung des Amtes für Abfallwirtschaft im Landkreis Barnim (siehe Protokoll der Beratung vom 11.11.03). Anfang Dezember 2003 waren die zu zerkleinernden Holzabfälle (insbesondere die Stubben) vollständig geschreddert. Etwa 25 % der Holzabfälle waren abgefahren. Entsprechend der planmäßigen Abnahmemöglichkeiten der Verbrennungsanlage ist die weitere Abnahme erst ab Ende Januar 2004 vorgesehen.

Die Entsorgung wird gemäß Vertrag bis Ende Mai 2004 abgeschlossen sein und den »schwarzen Peter« kann sich der Verfasser des Artikels über seinen Schreibtisch hängen.

REINHARD OTTO, Geschäftsführer der WVZ Finow GmbH & Co. KG

Nicht den Boden unter den Füßen verlieren

Die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten (34 von 57) hat ja nun nach einem aufwendigen videounterstützten Einführungsvortrag für die Errichtung eines »Neuen Kreishauses« auf dem Pavillonplatz gestimmt. Wäre es in den Kassen des Kreises und in der Stadt nicht so schlecht bestellt, könnte man sich an diesem Projekt direkt begeistern. Die Frage ist nur, was wird bei einer Kreditaufnahme von über 20 Mill. Euro, die dann eine jährliche Zinsbelastung von 1,3 Mill. Euro ab 2006 mit sich bringen, zurückstehen müssen? Auf alle Fälle, und das ist so sicher wie das Amen in der Kirche, schlägt sich das auf die Geldtasche der Bürger nieder. Zum einen direkt dadurch, daß die Steuereinnahmen und Landeszuweisungen sich aufgrund der stagnierenden Wirtschaft in der Region Brandenburg weiter verringern (wer glaubt schon bei der Situation, wie sie sich tagtäglich im Umfeld darstellt, an eine baldige Besserung?), zum anderen verändert sich die demographische Struktur immer mehr in Richtung Überalterung der Bevölkerung, d.h. der Rentneranteil – mit einer relativ bescheidenen Kaufkraft – wird steigen, was sich wiederum negativ auf die Umsätze im Handel und Investitionsgeschehen auswirken wird.

Deshalb ist die abgegebene Begründung zur Steigerung der Einzelhandelsumsätze durch die Belegung des »Kreishauskomplexes« in den Erdgeschossen mit Geschäften und Restaurants etc. schlicht ein Wunschtraum.

Stellen wir uns also darauf ein, daß die im Barnim verbleibenden Bürger zukünftig noch mehr zur Kasse gebeten werden. Die Gesetze des Bundes und des Landes stellen die Weichen in eine dem Sozialstaat widersprechende Richtung. Den Kommunen wird geradezu aufgezwungen, neue Quellen für Abgaben zu erschließen. Wem tut es da Wunder, daß für innovative Lösungen, die einer großen Zahl von Hausbesitzern auf dem Abwassergebiet finanzielle Entlastungen bringen könnten, nicht das geringste Interesse in Stadt und Kreis besteht. Praktische Beispiele der Gegenwart belegen, daß die Ämter im (unzulässigen) Zusammenspiel mit dem ZWA Mittel gegen den Bürger ausspielen, die ihn nicht innovativ bzw. ökologisch nützlich zum Zuge kommen zu lassen. So ist es z.B. Bauherren geradezu unmöglich, bei einem Hausbau ein abwasserfreies Grundstück nach allen Regeln moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse einzurichten.

Er scheitert letztlich an der Verweigerung des ZWA und/oder der Gemeinde(?), eine Aussage darüber zu treffen, ob in den nächsten 15 Jahren in der anliegenden Straße eine zentrale Abwasserleitung gebaut wird oder nicht.

Die »Wende« liegt mehr als 12 Jahre zurück und wir »blechen« heute bald jeden Tag mehr für die Fehler einer total auf zentrale Systeme orientierten, übersteigerten Abwasserpolitik.

Wird es da nicht höchste Zeit, mit den Verantwortlichen im ZWA und zuständigen De-

zernaten Klartext zu reden und sie auf ihre Pflichten hinzuweisen, für das Wohl der Bürger da zu sein und nicht für die Wiederauffüllung der Kassen, die sie in ihrer beispiellosen Blindheit und Euphorie vor 10 Jahren leer »gepumpt« haben? Die aus jener Zeit stammenden verknöcherten, starren Strukturen müssen durch flexibles Management zur Gewährleistung der Daseinsfürsorge unter Anwendung zeitgemäßer Abwasser-Behandlungsmethoden abgelöst werden.

Warum sollen die Bürger für die Fehler zahlen, die die in den Führungspositionen des ZWA und der Stadt Sitzenden gemacht haben? Umgekehrt tun sie es ja auch nicht! Beim einfachen Bürger oder kleinen Unternehmer steht dann über kurz oder lang der Gerichtsvollzieher oder Insolvenzverwalter vor der Tür und holt sich, was noch zu kriegen ist.

Verfolgt man die Verlautbarungen in den Medien, dann bekommt man immer mehr den Eindruck, daß eine große Zahl derer, die sich in der oberen Schicht der Gesellschaft befinden, durch Betrügen oder Täuschen anderer Menschen oder der Öffentlichkeit dort hingelangt sind.

Es bleibt zu wünschen, daß es in unserer Stadt und im Land nicht auch noch so kommt.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Abstimmungsergebnisse:

Der weitestgehende Antrag kam von der früheren Schillpartei. Die jetzt unter der Kurzbezeichnung »Offensive« agierenden Rechtsaußen des Kreistages forderten, den Neubau auf dem Pavillonplatz aufzugeben und statt dessen die Rekonstruktion und Erweiterung des Standortes Heegermühler Straße 75 zu bevorzugen. **In geheimer Abstimmung stimmten 11 Kreistagsabgeordnete dafür und 39 dagegen bei 5 Enthaltungen.**

Die PDS hingegen hatte in ihrem Antrag lediglich gefordert, die weiteren Arbeiten auszusetzen, bis die finanziellen Möglichkeiten zum Fortgang der Arbeiten geprüft seien. Für die endgültige Entscheidung am 10. März sollte die Kreisverwaltung Alternativvorschläge vorbereiten. **Für diesen Verzögerungsantrag stimmten 18 Abgeordnete, 34 stimmten dagegen, 3 enthielten sich.**

Der vom Landrat eingereichten Präzisierung zum Finanzplan für den Kreishausneubau stimmten schließlich 32 Abgeordnete zu bei 10 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen. Mehrheitliche Zustimmung fand auch die Anregung, den Bau »Paul-Wunderlich-Haus« zu nennen. Zuletzt wurde über einen kurzfristig eingereichten Antrag von SPD, CDU, FDP und Bauernverband entschieden, in dem es um den gleichzeitigen Bau der zentralisierten Nebenstelle der Kreisverwaltung in Bernau ging. Die Summe von 2,5 Mio Euro soll dabei nicht überschritten werden. Nachdem der Verweis in den Ausschuß und ein Änderungsantrag abgelehnt wurden, fand der Antrag bei 6 Gegenstimmen und mehreren Enthaltungen die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten.

Machtdemonstration

Die Abstimmung ist erfolgt. Der eigens einberufene Sonderkreistag votierte am 28. Januar mehrheitlich für den Bau des mittlerweile offiziell als »Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum« bezeichneten Kreishauses auf dem Pavillonplatz in Eberswalde.

So entschieden wurde bereits im Mai 2001. Allerdings fehlte damals eine öffentlich nachvollziehbare Abwägung zwischen den verschiedenen Standort-Alternativen. So entstand der Eindruck, hier wäre eine bereits feststehende Entscheidung des Landrats nur noch diskussionsresistent von der mittels Koalitionsvertrag aneinander gebundenen Kreistagsmehrheit abgenickt worden. Daher ebte die Kritik an der Standortentscheidung seither nie ab. 2003 avancierte die Angelegenheit sogar zum Wahlkampfthema und kam folgerichtig im neuen Kreistag erneut auf den Tisch.

Und wieder verhinderten verfestigte Fronten die notwendige offene Diskussion. So enthielt die dem Kreistag präsentierte Informationsvorlage eine ganze Reihe von überzeugenden Gründen, die für das Projekt sprechen. Durch das Bestreben, den Neubau auf dem Pavillonplatz schönzureden, gerät die »Information« jedoch zur billigen Reklame. Versprechungen wie das von den 100 zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen im Gewerbeteil und dem erhofften Zuwachs an Einzelhandelsumsatz in Höhe von 13 Mio Euro sind wenig glaubhaft, denn sie lassen unberücksichtigt, daß ein Teil davon lediglich Ergebnis einer Standortverlagerung sein wird. Dementsprechend dürften auch die jährlichen Gewerbesteuererhöhungen der Stadt per Saldo unter den angekündigten 400.000 Euro bleiben. Von einer Übertreibung kann man auch bei den 3,41 Mio Euro ausgehen, auf denen der Landkreis bei einer Entscheidung gegen das Projekt angeblich sitzen bliebe. So könnte der Kreis bspw. das Grundstück wieder veräußern. Und die 130 während der Bauphase gesicherten Arbeitsplätze der Bauwirtschaft würden natürlich auch bei einem Bau an einem anderem Standort gesichert werden.

Ein grober Mangel der Informationsvorlage ist das fehlende Eingehen auf die doch zweifellos vorhandene Kritik an dem Vorhaben. Diese wird schlicht ignoriert, wenn es heißt: »Die geführten Diskussionen zeigen, daß das Projekt insgesamt begrüßt wird.«

Auf der anderen Seite behinderte das dauernde Abblocken jeglicher Kritik auch bei den Opponenten die objektive Auseinandersetzung mit dem Für und Wider des Kreishausneubaus auf dem Pavillonplatz. So ging es denn auf dem Sonderkreistag nicht darum, die beste Lösung zu finden. Denn die stand ja schon vorher fest. Die Sache selbst spielte nur eine Nebenrolle. Das Abstimmungsverfahren auf dem Sonderkreistag verkam letztlich wiederum zur vorweg bestimmten Machtdemonstration.

Sonderkreistag:

Korruptionsverdacht

Für einen Kreishausneubau gibt es Argumente: 1. Für die Mitarbeiter entstehen bessere Arbeitsbedingungen. 2. Die Verwaltung kann bürgerfreundlicher organisiert werden. 3. Mehrere Dienstorte werden zusammengelegt. 4. Die Chance Eberswaldes steigt, Kreisstadt zu bleiben, auch wenn die Landkreise Barnim und Uckermark fusionieren (müssen). 5. Die Eberswalder Innenstadt belebt sich und der kulturell-künstlerische Anspruch der Konzeption (Paul-Wunderlich-Haus) wird ihr guttun.

Ebenso gibt es Argumente die dagegen sprechen: 1. Die geplanten 30 Mio Euro Baukosten werden an anderen Stellen fehlen. 2. Ein neuer Verwaltungspalast ist in Krisenzeiten nicht zu rechtfertigen. 3. Die Belebung der Innenstadt endet mit dem Feierabend der Verwaltung. 4. Eberswalde bekommt tagsüber neue Verkehrsprobleme. 5. Die Kreisverwaltung kann auch andernorts gut untergebracht werden.

Nach dem Willen der Fraktionen von Bauernverband, FDP, SPD und CDU sollen diese Argumente aber nicht abgewogen werden. Statt dessen will man in Bernau zusätzlich 2,5 Mio Euro für ein Minikreishaus ausgeben. Damit sollen die Abgeordneten der Bernauer Region »gekauft« werden. Ein vergleichbares Angebot für den Oderberger Raum fehlt allerdings.

Dabei ist der Bernauer Verwaltungsbau überflüssig. Er untergräbt das Ziel der Verwaltungszentralisierung. Es gibt keine Deckung im Haushalt, keinen Standort in Bernau, keine Konzeption, keine Planung, nicht einmal eine Begründung ist der Vorlage beigelegt. Sachpolitik wird ersetzt durch Stimmenkauf. Vielleicht wird hier auch schon Landtagswahlkampf betrieben – auf Kosten der Steuerzahler?

THOMAS BERG, Vorsitzender der Fraktion Grüne/Freie Wähler im Kreistag Barnim

Polytechnischer Unterricht

Mit der Publikation »Über das Fach hinaus – fachübergreifender, fächerverbindender Unterricht und die übergreifenden Themenkomplexe«, setzt das Landesinstitut für Schule und Medien Brandenburg (LISUM Bbg) seine neue Schriftenreihe zur Einführung der Rahmenlehrpläne für die Sekundarstufe I fort. Ein moderner fächerübergreifender Unterrichts erfordert eine grundlegend andere Planungslogik als Fachunterricht. Zur Unterstützung der Lehrkräfte werden die einzelnen Planungsschritte mit ihren Konsequenzen für die Unterrichtsorganisation beschrieben. Es wird ein Vorgehen erläutert, wie man fächerverbindende Themen entwickelt und passende Planungsstrukturen findet. Orientierungen zur methodischen Gestaltung und zur Leistungsermittlung und -bewertung schließen sich an. Die Publikation ist an alle Schulen der Sekundarstufe I ausgeliefert worden und ist im Internet unter: www.lisum.brandenburg.de zu finden.

HEIKE HASELOFF, LISUM Brandenburg

Ortsrat Finow gegründet

Ein Ortsbürgermeister ist berechtigt und verpflichtet, seinen Ortsteil in ortsteilspezifischen Angelegenheiten gegenüber den Organen der Stadt zu vertreten. Dementsprechend ist er vor der Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung oder des Hauptausschusses in folgenden Angelegenheiten zu hören: Planung von Investitionsvorhaben in dem Ortsteil, Aufstellung, Änderung und Aufhebung des Flächennutzungsplans sowie von Satzungen nach dem Baugesetzbuch und bauordnungsrechtlichen Satzungen, soweit sie sich auf den Ortsteil beziehen, Planung, Errichtung, Übernahme, wesentliche Änderungen und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen in dem Ortsteil, Aus- und Umbau sowie Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen im Ortsteil, Änderung der Grenzen des Ortsteils und Erstellung des Haushaltsplans. Er ist berechtigt, zu allen den Ortsteil betreffenden Angelegenheiten Vorschläge zu unterbreiten und Anträge zu stellen.



Der schlechte Zustand des sowjetischen Ehrenmals in Finow war Gegenstand der Kritik eines Bürgers und zugleich eines der ersten Themen des neuen Ortsrates in Finow. Die Mitglieder dieses Gremiums wollen ihren Ortsbürgermeister beraten und bei seinen Aktivitäten unterstützen.

Foto: A.T.

Um diese Aufgaben wahrnehmen zu können, sucht Ortsbürgermeister Albrecht Triller einen ständigen Kontakt mit den Finower Bürgern, was bei mehr als 10.000 Einwohnern nicht einfach ist. Deshalb bemüht er sich, einen Kreis interessierter Bürger zu gewinnen, die in einem Beratungsgremium mitwirken.

Dabei sollte das Beratungsgremium so zusammengesetzt sein, daß darin Bürger aus den verschiedenen Wohngebieten des Ortsteils vertreten sind, die die Probleme des Ortsteils kennen. Ferner sollten solche Bürger vertreten sein, die auf einem bestimmten kommunalpolitischen Fachgebiet Kenntnisse und Erfahrungen besitzen.

Am 28. Januar trafen sich auf Einladung des Ortsbürgermeisters aktive Bürger aus dem Wohngebiet zu einer ersten Beratung in den Räumen der Volkssolidarität in der Bahnhofstraße. Unter den 9 Anwesenden waren schon die verschiedensten Wohngebiete und Interessenfelder vertreten. Die Runde ist für weitere an der Mitarbeit interessierte Bürger offen.

Weitere 5 Bürgerinnen und Bürger haben ebenfalls ihre Bereitschaft erklärt, konnten aber an der ersten Beratung nicht teilnehmen. Die Anwesenden begrüßten es ganz außerordentlich, daß in dieser Weise eine Bürgerbeteiligung an der Vertretung der Ortsteilinteressen ermöglicht wird.

In der Suche nach einer Bezeichnung für das Beratungsgremium einigten sich die Anwesenden auf »Ortsrat Finow« fest. Der Name »Ortsbeirat« ist bereits besetzt und bezeichnet ein gewähltes Gremium mit gesetzlich fixierten Rechten und Aufgaben und konnte daher nicht verwendet werden.

Ortsbürgermeister Triller erläuterte, daß sich die Aufgaben des Ortsrates Finow auf die persönliche Beratung des Ortsbürgermeisters beschränken. Er legt jedoch gerade darauf großen Wert. Er rief zugleich dazu auf, nicht nur Unzulänglichkeiten und Mißstände aufzuzeigen, sondern auch Vorschläge zur Lösung zu unterbreiten und an der Lösung teilzunehmen bzw. andere dafür zu gewinnen.

Der Ortsrat Finow verständigte sich zunächst zur Arbeitsweise. Geplant sind etwa vierteljährliche Beratungen mit allen Mitgliedern des Ortsrates Finow. Dazwischen sind wohngebiets- bzw. fachgebietsbezogene Kontakte zu aktuellen Fragen erforderlich.

Im März soll eine gemeinsame Begehung von ausgewählten Schwerpunkten in Finow erfolgen. Ende April/Anfang Mai soll über die Ergebnisse in einer öffentlichen Versammlung mit den Einwohnern gesprochen werden. Der Ortsrat wird sich an der Vorbereitung dieser Veranstaltung beteiligen.

Im Weiteren wurden zwei aktuelle Fragen des Ortsteiles besprochen:

Ehren-/Grabmal der ehemaligen sowjetischen Streitkräfte.

Ein Finower Bürger hat in der Ortsbürgermeistersprechstunde den schlechten Zustand des Denkmals und des Umfeldes beklagt. Andererseits wird von der Stadt erwogen, die Fläche als Schulhof zu nutzen. In Abwägung der unterschiedlichsten Aspekte empfahl der Ortsrat, der Flächennutzung als kleinen Stadtpark den Vorrang einzuräumen. Das Denkmal sollte am Standort renoviert und in den Stadtpark eingeordnet werden oder an anderer Stelle im Ganzen oder in Teilen einen würdigen Platz finden, falls das notwendig und zulässig wäre. Der Ortsrat machte dazu konkrete Vorschläge.

Beteiligung an der 750-Jahrfeier.

Die Stadt hat alle Bürger zur aktiven Beteiligung an der 750-Jahrfeier aufgerufen. Im Ortsrat wurde darüber gesprochen, ob und wie der Zusammenschluß der verschiedenen Orte zur Gemeinde Finow im Jahre 1928 im Festumzug dargestellt werden könnte. Die Anwesenden erklärten ihr Interesse und ihre Mitarbeit und diskutierten Ideen dazu.

MARTIN SATKA

Bürgerfraktion Barnim (BFB):

Wirtschaft muß Priorität haben

Eberswalde (bbp). Zur Kommunalwahl 2003 traten im Landkreis Barnim erstmals politische Kräfte jenseits der bekannten Parteien an und kamen auf Anhieb in die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eberswalde und in den Kreistag: die Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB) und die Bürgerfraktion Barnim (BFB). Beide unterscheiden sich auch von den örtlichen Vereinen, die schon seit Jahren die Politik in den kleinen Gemeinden bestimmen. Der BKB schöpft aus achtjährigen praktischen Erfahrungen und nahm die Forderungen der verschiedener Bürgerinitiativen auf. Die programmatische Selbstfindung der Bürgerfraktion Barnim erfolgte erst im Kommunalwahlkampf und mündete in dem kurz vor der Wahl veröffentlichten »Erweiterten Maßnahmenkatalog«. Der in der Januar-BBP veröffentlichte erste Teil enthielt die Schwerpunkte »Beteiligung der Bürger an der Kommunalpolitik« und »Ämter und Verwaltungen«. Nachfolgend der zweite Programmteil, der sich der Entwicklung der Wirtschaft widmet:

3. Wirtschaft im Barnim

Das wichtigste, was unsere Region braucht, sind Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die politisch Verantwortlichen verfahren weiterhin nach den gleichen, alten Denkweisen. Es fehlt klar an Innovationskraft, die in der derzeitigen Situation im Barnim dringend notwendig ist. Die Wirtschaftslage im Kreis ist zu unbeständig, um Investoren anzuziehen oder Firmenerweiterungen vollziehen zu können. Damit ist als Problem erkannt, daß zu wenige Unternehmen im Barnim in der Lage sind zu investieren und es schwer ist nach einer Firmenneugründung diese hier ökonomisch zu etablieren und stabilisieren.

Investorenwerbung

Das unzureichende Marketingkonzept der Städte und Gemeinden ist ein großes Problem bei der Investorensuche. In unseren Verwaltungen wird darauf gewartet, daß sich Investoren für die Standorte im Barnim interessieren. Ein aktives und angemessenes Bewerben eines mittlerweile leider ehemaligen Industriestandortes durch die Stadt Eberswalde ist auf Fachmessen selten der Fall. Investorensuche gelingt nicht vom Schreibtisch aus! Ein Außendienst muß verfügbar sein, um potentielle Investoren anzusprechen und zu betreuen. Potentiale gibt es in der Metallbranche oder bei den erneuerbaren Energien. Diese stellen eine der Zukunftsbranchen für unsere Region dar. Die Fachhochschule Eberswalde mit ihren Fachbereichen Holztechnik und Wirtschaft und den damit verbundenen Fähigkeiten Holz industriell zu verarbeiten und zu vermarkten, müssen stärker genutzt und beworben werden (Möbelindustrie). Es gilt, auf vorhandene Strukturen zur aktiven Investorengewinnung aufzubauen, sie zu vereinfachen und eine höhere öffentliche Wirksamkeit zu erreichen. Es müssen mehr Mittel für eine aktive Investorensuche bereitgestellt werden, die durch den sinnvollen Umgang mit bestehenden und zukünftigen Projekten gewonnen werden können.

Kreishausneubau

Der Neubau des Kreishauskomplexes wird die Finanzhaushalte in den nächsten Jahren schwer belasten. Zudem ist der Pavillonplatz ein Standort, der zwar für Eberswalder mit öf-

fentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist, aber für Bürger aus anderen Gemeinden aufgrund der Verkehrs- und Parkplatzproblematik nur schwer erreichbar sein wird. Beispielhaft für unausgereifte Planungen ist das dazu entwickelte Parkraumkonzept. Das geplante Parkhaus soll mit drastischen Stundengebühren belegt werden, um Parken von Anliegern und Studenten zu verhindern. Der Kreishausneubau wird also den Verkehr in der Innenstadt von Eberswalde äußerst negativ beeinflussen. Die Suche nach kostenfreien Parkplätzen läßt den Parkplatzsuchverkehr enorm zunehmen.

Zusammenarbeit Kommunalpolitik und Wirtschaft

Gerade in der Politik muß nun ein Umdenken stattfinden. Eine aktive Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik ist in einer strukturschwachen Region wie dem Barnim unabdingbar. Ein intensiver Interessenaustausch zwischen heimischer Wirtschaft, potentiellen Investoren und den politischen Planungen in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, sowie im Kreistag muß erreicht werden. Speziell unser einheimischer Mittelstand muß Gehör für Kritik und Anregungen in der Kommunalpolitik finden. Auch das wird bis jetzt in Eberswalde stark vernachlässigt. Hier vermißt man vor Entscheidungen in der StVV die Anhörung von unabhängigen Vertretern der Wirtschaft und Raumplanung. Nicht einmal die zu 66 % stadteigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFGE) wird zu wirtschaftsstrukturellen Entscheidungen angehört. So fallen dann Entscheidungen, wie die über den Bau des „Geisterhafens“ in Eberswalde, der durch die TWE betrieben wird. Das ist ein Zustand an dem die BFB ansetzen wird und der Raumplanung und der Wirtschaftsprojektion ein Sprachrohr in der Politik verleiht.

Insolvenzen verhindern und heimische Wirtschaft stärken

Um der hohen Zahl der Insolvenzen im Barnim entgegenzuwirken, ist ein Engagement gegenüber der heimischen Wirtschaft im selben Zuge anzuviesieren wie die Wirtschaftsförderung für Neuinvestitionen. Dazu gehört auch die Interessenvertretung der Barnimer Unternehmer in den StVV, Gemeindevertretungen

und im Kreistag. Die Auftragsvergabe seitens der Städte und Gemeinden muß unabhängig bleiben und darf nicht von sogenannten »Männerfreundschaften« zwischen Unternehmern und politischen Entscheidungsträgern beeinflusst werden. Auch nach mehr als 13 Jahren wird man das Gefühl nicht los, daß die Zahnräder noch wie zu Zeiten der DDR drehen und der Beziehungsfaktor eine wichtige Rolle spielt. Hier muß dringend und mit aller Kraft entgegengewirkt werden und genau dazu ist die BFB bereit!

Investoren Vorteile schaffen

Bei der Investorengewinnung und Firmenneugründungen insbesondere im produzierenden Gewerbe und der Forschung müssen entscheidende Standortvorteile beworben bzw. geschaffen werden. Die Kooperation z.B. zwischen den innovativen Firmen im Sektor der erneuerbaren Energien, dem eine besondere Bedeutung zukommt, und den metallverarbeitenden Unternehmen der Region ist zu fördern.

Die positiven Ansätze der Investorenbetreuung durch die WFGE sind auszubauen (ein Ansprechpartner für Standortsuche, Darlehensbeantragung, Bauantrag, Konzept etc.).

Erschlossene und teilerschlossene Flächen müssen so günstig wie möglich an Investoren verpachtet oder verkauft werden. Der Gewerbesteuerhebesatz der Stadt Eberswalde von 350% sollte bei Neuinvestitionen in den ersten 3 Jahren gesenkt, wenn nicht sogar aufgehoben werden. Danach sollte der Satz dann bis zum 6. Jahr gestaffelt auf Normalniveau angehoben werden. Zur Entlastung des Mittelstandes sollte eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatz auf 300% erwogen werden. Weiterhin muß die Betreuung der Kommunen gegenüber Neugründern verbessert werden und die Firmen innerhalb der ersten 5 Jahre besonders betreut werden. Hierzu könnte man den Service der WFGE erweitern und somit auch einen oder mehrere Arbeitsplätze schaffen. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob in Anbetracht der schlechten Lage bei der Kreditvergabe, die Stadt bei erfolversprechenden Investitionen als Bürge oder Kreditgeber zu günstigen Konditionen auftreten kann.

Bürokratie und Gesetzesüberfluß müssen zugunsten der Wirtschaft abgebaut werden. Als Beispiel dazu sind hinderliche Gesetze zum Naturschutz zu benennen, welche die EU-Richtlinien weit übersteigen. So wird zum Beispiel in Brandenburg normaler Trockenrasen als Biotop anerkannt und geschützt. Dies erfordert bei Neubau eine unnötige und teure Ausgleichsmaßnahme.

Das während der letzten Legislaturperiode nicht gelöste Problem der Abwasserkosten muß von Seiten der Politik gemeinsam mit dem Bürger bearbeitet werden, um einen allgemeinverträglichen Konsens zu finden. Der Ausbau einer wirtschaftsnahen Infrastruktur muß kontinuierlich vorangetrieben werden. Die Wirtschaft muß äußerste Priorität genießen.

Mit einem Schlag aus der Schuldenfalle?

Eberswalde (bbp). Vor der Stadtverordnetenversammlung am 22. Januar, die u.a. den Ausschluß der Gemeinde Schorfheide aus dem ZWA zum Thema hatte, überraschte die Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB) die Öffentlichkeit mit der Ankündigung, daß sich mit dem Feststellungsbescheid des Landrates über die Entstehung des ZWA als öffentlich-rechtliche Einrichtung, eine »außerordentlich günstige rechtliche Situation ergeben« habe, welche es ermögliche, rund 100 Millionen Euro Kreditverbindlichkeiten des ZWA »mit einem Schlage los zu werden«. Diese Situation sei so einmalig und so positiv, daß sie unbedingt genutzt werden sollte, »und zwar unverzüglich und konsequent«. Zweifellos wäre damit die Grundlage für die lang ersehnte Lösung des hiesigen Abwasserproblems gelegt.

Dr. Günther Spangenberg, Stadtverordneter von BKB/Freie Wähler, begründet die vom BKB gesehene Möglichkeit damit, daß der damalige ZWA die Kreditaufnahmen als privatrechtlicher Verein getätigt habe. Den ZWA als öffentlich-rechtliche Einrichtung gebe es laut Feststellungsbescheid erst ab dem 22.11.1992. Der vorherige privatrechtliche Verein sei damit untergegangen. »Das hat die für uns positiven Konsequenzen: a) Zwischen dem Verein und dem heutigen ZWA gibt es keine Übereinstimmung der Rechtsnatur, b) Der heutige ZWA erscheint nicht als Rechtsnachfolger des Vereins.« Es gebe keine Rechtsnorm, die ein Unternehmen zwingen könne, Verbindlichkeiten eines nicht mehr existierenden anderen Unternehmens, Vereins und dergleichen zu übernehmen. »In der noch zu erstellenden Eröffnungsbilanz des heutigen ZWA«, so Dr. Spangenberg, »dürfen daher Verbindlichkeiten jenes Vereins nicht erscheinen.« Daraus folge, daß auch die für diese Kredite getätigten Zinszahlungen zu Unrecht erfolgten und auch die bisherigen Gebühren und Beiträge auf zu hoher Kostenbasis ermittelt wurden. Aus all dem ergebe sich, »daß der heutige ZWA mit allen seinen Mitgliedskommunen für die Verbindlichkeiten von damals nicht in die Verantwortung genommen werden kann.« Wer als Adressat für die Verbindlichkeiten in Frage komme, ließ Dr. Spangenberg offen. Theoretisch sei dies der Verein, aber dieser existiere ja nicht mehr.

Das Dementi des ZWA-Vorstehers Wolfgang Hein ließ nicht lange auf sich warten. Er nutzte die Berichterstattung an die StVv am 22. Januar, um das Hauptargument des BKB gründlich zu entkräften. Den ZWA-Verein gebe es nicht nur »nicht mehr«, richtig sei vielmehr: »Der ZWA als privatrechtlicher Verein hat nie existiert!« Der ZWA-Vorsteher schob dieser Behauptung sogleich den untrüg-

Zum ZWA-Ausschluß der Gemeinde Schorfheide

Programmatischer Ansatz im Vordergrund

Die PDS Fraktion hat sich dazu verständigt, dem Antrag zum Ausschluß der Gemeinde Schorfheide mehrheitlich unterstützen. Im Wahlprogramm hatten die PDS-Mitglieder ihren Stadtverordneten den Auftrag erteilt, für Gemeinden, die durch die Gemeindefusion Mitglieder in mehreren Wasser-/Abwasserverbänden Mitglied sind, eine Klärung anzustreben, die einen solchen Zustand beenden soll. Bei ihrem Entschluß stützt sie sich genau darauf.

Auch die Hoffnung auf verringerte Gebühren für die Eberswalder Bürger war in der Diskussion im Rahmen der Fraktion zu spüren. Das war aber nicht der hauptsächliche Beweggrund, diesen Beschluß so zu fassen. Eher

spielte die Frage eine Rolle, ob dieses Vorgehen unter Umständen die Entschuldungsproblematik bei Wasser und Abwasser auf eine andere Ebene verlagert, wo sie möglicherweise eher zu lösen ist.

In der allgemein festgefahrenen Situation bei der Gebührenhöhe im Zweckverband ist dieser Weg ein legitimer Versuch. Die Gefahr, daß die Stadt Eberswalde in unkalkulierbare Rechtsstreitigkeiten geraten könnte wird dagegen als eher unwahrscheinlich angesehen.

Ausdrücklich wurde die Sicht von Herrn Loose unterstützt, wie er sie im Barnimer Blitz vom 17. Januar dargelegt hat.

WOLFGANG SACHSE, Vorsitzender der PDS-Fraktion in der StVv Eberswalde

Kriegserklärung an Nachbargemeinden

Nachfolgender Beitrag war ursprünglich als Leserbrief an das Wochenblatt »Barnimer Blitz« gerichtet. Da dieses Blatt ausschließlich von Anzeigen lebt, kann dort verständlicherweise nicht jeder Leserbrief veröffentlicht werden. Dieser Beitrag soll vor allem begründen, warum ich bei der Abstimmung zum ZWA-Ausschluß der Gemeinde Schorfheide in der StVv nicht der Mehrheitsmeinung meiner Fraktion folgen konnte. Der ausdrückliche Bezug auf den Leserbrief »Diskussion muß transparent sein« von Reimer Loose im Blitz vom 17. Januar 2004 in der entsprechenden Presseerklärung der PDS-Fraktion, machte es meinerseits erforderlich, auch auf die Argumente von Reimer Loose einzugehen.

Herr Loose schreibt, es sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, den ZWA »in die Lage zu versetzen, so schnell wie möglich ökonomisch unabhängiger von Verpflichtungen und damit zukunftssicher zu machen«. Diesem Ziel kann ich nur beipflichten.

Ich teile auch seine Hoffnung, »daß diese Diskussion auch für die Öffentlichkeit transparent geführt wird«. Daher verwundert es mich allerdings, wenn er die Tatsache, daß »einzelne Abgeordnete« sich in dieser Diskussion zu Wort melden, als »Zerreden« der sich auftuenden Möglichkeit bezeichnet. Der Sinn von Diskussionen ist doch wohl, das Für und auch das Wider einer Sache zu erörtern.

Herr Loose hat seine Argumente für einen Ausschluß der Gemeinde Finowfurt aus dem ZWA dargelegt. Daß ihm darin die Mehrheit der Stadtverordneten folgte, halte ich für einen schweren Fehler. Die Anfang der 90er Jahre im Bereich des ZWA realisierten Investitionen erfolgten im Einvernehmen aller ZWA-Mitglieder. Daß ein besonders großer Teil dieser Investitionen den Finowfurtern zu Gute kam, hat mit der Pffiffigkeit ihres damaligen Bürgermeisters zu tun. Warnungen, daß die Investitionen auch irgendwann bezahlt werden müssen, gab es damals durchaus, nur hörte niemand auf diese ewigen Meckerer und Nörgeler. Seit Mitte der 90er Jahre ist klar, daß die Warnungen be-

rechtigt waren. Daß nunmehr das einst von allen beschworene Solidarprinzip des ZWA einseitig aufgekündigt wird, halte ich für moralisch und politisch verwerflich.

Denn die in Aussicht gestellte Stabilisierung der Gebühren für den verbleibenden Rest-ZWA, würde in Finowfurt/Schorfheide die Kubikmetergebühr bis auf zwanzig Euro hochtreiben. Der Rausschmiß-Beschluß ist eine Kriegserklärung gegen die Nachbargemeinden. Nicht nur gegen Finowfurt/Schorfheide. Auch die Bürgerinnen und Bürger in den Ämtern Oderberg und Joachimsthal werden aufhorchen. Denn deren Anteil an den ZWA-Schulden ist ebenfalls beträchtlich.

Abgesehen davon sind die Erwartungen, die Herr Loose und mit ihm wohl auch die Mehrheit der Stadtverordneten an den Ausschluß der Gemeinde Schorfheide knüpfen, unrealistisch.

Erstens steht dem die Kommunalaufsicht im Wege. Es ist völlig irrig zu erwarten, daß der Kreis oder das Land eine Situation zulassen, die sie irgendwann zu einer »zielorientierten Finanzierungsunterstützung« zwingen. Zweitens hat die Gemeinde Schorfheide angekündigt, gegen den Ausschluß notfalls gerichtlich vorzugehen. Jahrelanger Streit wäre die Folge.

Bereits der StVv-Beschluß vom 22. Januar dürfte das Verhältnis Eberswalde zu seiner Nachbargemeinde nachhaltig belasten.

Die möglicherweise erhoffte Lösung des Abwasserproblems ist so nicht zu haben. Hier wird lediglich der »Schwarze Peter« weggeschoben. Das ist klassische Problemverdrängung! Ein dauernder Streit mit den Nachbargemeinden wird für die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger nur Nachteile haben.

Ich bin der festen Überzeugung, daß Probleme nur miteinander und nicht gegeneinander gelöst werden können. Herr Loose sprach von einer Chance, die sich ergebe. Ich meine, hier wurde eine Chance vertan.

GERD MARKMANN

Fortsetzung Seite 11

PDS macht sich mitschuldig

Ein weiteres Mal hat sich die PDS an der verfehlten Wasser- und Abwasserpolitik im Zweckverband mitschuldig gemacht. Mit den Stimmen der PDS (mit Ausnahme von Gerd Markmann) wurde durch die StVV der Auftrag an die Bevollmächtigten der Stadt im ZWA erteilt in der Zweckverbandsversammlung für den Ausschluß von Schorfheide zu stimmen. Ein entschlossenes Auftreten der PDS gegen den Ausschluß hätte mit einiger Wahrscheinlichkeit den Ausschluß schon im Vorfeld verhindert.

Im Wahlkampf geißelte der PDS-Bürgermeisterkandidat Volker Passoke die verfehlte Wasser- und Abwasserpolitik des ZWA. Wegen der Kritik am ZWA selbst unter Kritik geraten, reduzierte er seine Angriffe auf das ZWA-Management. Wo nun mit der Vorlage Ausschluß der Gemeinde Schorfheide aus dem ZWA ein neuer Beweis der falschen Wasser- und Abwasserpolitik auf dem Tisch lag, ist die Kritik ganz verstummt und stimmt Volker Passoke nun als Stadtverordneter für diese Vorlage.

Zur Rechtfertigung des Verhaltens der Fraktion gibt diese eine Presseerklärung ab, in der es heißt, daß »die PDS-Mitglieder ihren Stadtverordneten den Auftrag erteilt (habe), für Gemeinden, die durch die Gemeindefusion Mitglieder in mehreren Wasser-/Abwasserverbänden Mitglied sind, eine Klärung anzustreben, die einen solchen Zustand beenden soll. Bei ihrem Entschluß stützt sie sich genau darauf.«

Wie und warum eine solche Formulierung ins Wahlprogramm des Stadtverbandes der PDS gekommen ist, bleibt dabei im Dunkeln. Dazu ist zu sagen, daß eine leitende Mitarbeiterin des ZWA in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Stadtvorstandes der PDS das Wahlprogramm im allgemeinen und die Passage zum Thema Wasser- und Abwasser im besonderen maßgeblich formuliert hat. Leider haben die PDS-Mitglieder die Forderung – eine Gemeinde = ein ZWA – übernommen, ohne daß eine Berechtigung einer solchen Forderung nachgewiesen wurde. Die entsprechende Formulierung war nur die Bestätigung des schon im Frühjahr 2002 vom ZWA gefaßten Beschlusses zum Ausschluß der Gemeinde Schorfheide wegen beabsichtigten Gemeindefusion. Warum aber die Beschränkung der Gemeinde auf nur einen ZWA sinnvoll und notwendig ist, dazu gibt es weder vom ZWA noch von der PDS eine Begründung.

Die Initiatoren für den Ausschluß haben als entscheidenden Grund angegeben, daß sich für die im ZWA verbleibenden Kommunen eine Möglichkeit der Kosten- und damit Gebührensenkung ergäbe. Aber einmal davon abgesehen, daß hier schon das Fell des Bären zerlegt wird, den man erst einmal fangen muß, bleibt die Frage, ob dies ein akzeptabler Grund für die PDS-Zustimmung ist. In der Presseerklärung heißt es dazu: »Auch die Hoffnung auf verringerte Gebühren für die Eberswalder

Bürger war in der Diskussion im Rahmen der Fraktion zu spüren.« Damit kündigt die PDS-Fraktion das ohnehin schon stark demolierte Solidaritätsprinzip vollends auf. Schon die Zustimmung zur Abwassergebührenerhöhung ab dem Jahr 2001 durch die PDS zielte auf die Umverteilung der Gebührenbelastung von den Mietern, die in Eberswalde die übergroße Mehrheit der Bevölkerung stellen auf die Eigenheimbesitzer, die im Umland dominieren. Dies soll jetzt seine Fortsetzung finden.

Wenn die PDS hofft, daß »dieses Vorgehen unter Umständen die Entschuldungsproblematik bei Wasser und Abwasser auf eine andere Ebene verlagert, wo sie möglicherweise eher zu lösen ist«, so ist diese Ebene zunächst einmal die Nachbarkommune, der man die Schulden zuschieben will.



Spricht man in der PDS kaum noch von sozialistischer Politik, sondern nur von solidarischer Politik, so kann die Zustimmung zum Ausschluß von Schorfheide auch dieses Prädikat nicht mehr in Anspruch nehmen.

Betrachtet man im Weiteren, wie der Ausschluß von Schorfheide praktisch durchgezogen wurde, dann stellen sich auch hier Fragen an die PDS-Fraktion. Warum beteiligte sich die PDS-Fraktion an einer vom Bürgermeister eingeladenen Beratung zum Thema Ausschluß Schorfheide, die als private Veranstaltung außerhalb der Regeln der Geschäftsordnung der StVV stattfand? Warum stimmte die PDS-Fraktion der Bildung einer Arbeitsgruppe zu, in der in nichtöffentlicher Sitzung über den Ausschluß beraten wurde und für die ebenfalls nicht die Regeln der Geschäftsordnung der StVV galten? Warum ließ sie zu, daß die Ergebnisse der Arbeitsgruppenberatung nicht als offizielles Dokument in die StVV eingebracht wurde? Unter den Augen der PDS-Fraktion wurden Einwohnerfragen in der StVV ausgebremst, während der ZWA-Chef reden konnte, ohne daß er durch einen formellen Beschluß der StVV berechtigt wurde. Die PDS-Stadtfraktion läuft Gefahr, auch das Prädikat »demokratisch« zu verlieren.

Nach den ersten drei Monaten ist auch noch nicht zu erkennen, daß wenigstens noch das Prädikat »oppositionell« gerechtfertigt ist. Beim Ausschluß des ZWA hätte man das unbedingt erwarten müssen. In Anbetracht der bevorstehenden Landtagswahlen ist Nachdenken darüber dringend angesagt.

ALBRECHT TRILLER

Fortsetzung von Seite 10

lichen Beweis nach: »Der Wasser- und Abwasserverband Eberswalde«, zitierte er aus dem Vereinsregister des Amtsgerichtes Eberswalde, »ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts. Als solche kann ihr nicht durch Eintragung in das Vereinsregister die Eigenschaft einer juristischen Person des Privatrechts verliehen werden. Die Eintragung in das Vereinsregister war daher von Anfang an nichtig.« Deswegen wurde der Verein am 10.11.1998 »von Amts wegen gelöscht«. Zahlreiche Beschwerden, die gegen diese Löschung erhoben wurden, verwarf der Direktor des Amtsgerichtes am 20.1.1999 mit den Worten: »Der entstandene Rechtsschein, daß der o.g. Verband vorübergehend in der Rechtsform eines Vereins existiert habe – obwohl, wie ausgeführt, dies rechtlich unmöglich ist –, war daher von Amts wegen im Interesse des Rechtsverkehrs zu beseitigen. Aus den vorgenannten Gründen sind deshalb die Rechtsbehelfe auch unbegründet.«

Wolfgang Hein ging auch auf die Frage ein, wer denn nun vor dem 22.11.1992 für die Geschäfte und Kreditaufnahmen des ZWA verantwortlich zeichne. So habe der ZWA zum einen Verbindlichkeiten übernommen, die die Mitgliedsgemeinden vor ihrem Beitritt zum Zweckverband für die Finanzierung von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen begründet haben. Ebenso zeichne der ZWA für jene Kreditverbindlichkeiten verantwortlich, »die der ZWA als sogenannter Vorverband – in der Phase seiner Entstehung als Körperschaft öffentlichen Rechts vor dem 22.11.1992 – eingegangen ist.«

Die vom BKB aufgeworfenen Fragen sind damit allerdings noch nicht erledigt. Zu erwarten ist, daß sich die Bemühungen des BKB in der nächsten Zeit auf die Klärung der Rechtsstellung dieses »Vorverbandes« konzentrieren werden.

Kommunale Kriminalitätsprävention

In regelmäßigen Abständen lädt die Bernauer PDS-Stadtfraktion zu öffentlichen Sitzungen ein. Zu Schwerpunktthemen werden kompetente Vertreter der Öffentlichkeit eingeladen. In unserer nächsten öffentlichen Fraktionssitzung am 12. Februar 2004 um 18:00 wollen wir zum Thema »Kommunale Kriminalitätsprävention« im Landkreis Barnim, besonders aber in Bernau diskutieren. Die Veranstaltung findet ab 18.00 Uhr im »Treff 23« auf dem Kulturhof Bernau in der Breitscheidstr. 43a statt.

Wir haben die Absicht, als weitere Gäste der Fraktion Herrn H. Handke (Bürgermeister von Bernau), Herrn B. Halle (Polizeihauptwache Bernau) und Herrn D. Jankow (Präventionsberater beim Landkreis Barnim) einzuladen. Interessierte Bürger aus Bernau und Umgebung sind herzlich eingeladen.

JOACHIM RONNGER,
PDS-Fraktion in der StVV Bernau

Schuldenmacher und Sparkönige

Riesen-Schulden

Für einen Euro bekommt man mittlerweile 1,25 US-Dollar. Während USA-Reisende in die Hände klatschen, sich der Otto-Normal-Autofahrer über (zeitweise) moderatere Benzinpreise freut und viele Produkte aus der Dollarzone hier billiger zu haben sind, sehen manche »Wirtschaftsexperten« wegen der exportorientierten BRD-Wirtschaft zunehmend Gefahren für die hiesige Konjunktur. Dem stehen die jüngsten Wirtschaftszahlen aus den USA gegenüber, in denen von Steigerungsraten die Rede ist, die man nur noch von China gewohnt ist. Börsenspekulanten träumen von der Rückkehr des 90er-Jahre-Booms. Der US-Wirtschaft solle nachgeeifert werden.

Ein Blick auf längerfristige Entwicklungen kann helfen, da auf dem Boden zu bleiben. Seit Ende 2000, als der Euro zur gemeinschaftlichen Währung Westeuropas wurde, ist das Bruttoinlandsprodukt der USA nominal um 9,9 % gewachsen. Das sind etwa 4 % pro Jahr. Aber – die Fabriken in den USA haben 39 Monate in Folge Leute entlassen, was die Gesamtzahl der im produzierenden Sektor Beschäftigten auf den niedrigsten Stand seit 1958 gesenkt hat. In der Eurozone lag das nominale Wachstum in der gleichen Zeit bei 11 % bzw. 4,2 % pro Jahr. Das »Wirtschaftswunder« in den USA bleibt also durchaus noch hinter der westeuropäischen Entwicklung zurück.

Während im Euro-Europa der Export als Lokomotive der Wirtschaft angesehen wird, gilt in den USA der private und staatliche Binnenkonsum der Hauptmotor für die positive Konjunkturentwicklung. Doch zumindest der Hunger nach Konsumgütern wird zunehmend durch Importe gestillt. Und dieser Binnenkonsum beruht hauptsächlich darauf, daß sich sowohl der Staat als auch die privaten Haushalte extrem verschulden. Das durchschnittliche US-Kleinbürgertum ist verschuldet wie nie und nimmt immer neue Hypotheken auf, um mit dem geborgten Geld den gewohnten Konsumstandard aufrechtzuerhalten. Der Staat för-

dert das durch niedrige Zinsen. Zugleich verwandelte sich unter der Präsidentschaft von Bush jr. der Haushaltsüberschuß der Clinton-Ära in ein Faß ohne Boden. Mittlerweile müssen sich die USA pro Jahr eine halbe Billionen Dollar borgen, um das Handelsdefizit, die Staatsausgaben, insbesondere das riesige Militärbudget, und die gleichzeitigen Steuersenkungen finanzieren zu können. Dieser stetige Finanzzufluß aus dem Ausland wird nicht auf Dauer aufrechtzuerhalten sein. Es ist eine Frage der Zeit, daß diese Schuldenblase platzt. Die fortschreitende Dollarentwertung ist ebenso Teil dieses Prozesses, wie das Bestreben u.a. auch der Bundesregierung, die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem aufstrebenden China auszubauen.

Keine Schulden?

Bundesfinanzminister Eichel muß für das vorige Jahr 43,4 Milliarden Euro Neuverschuldung einräumen. Ursprünglich war weniger als die Hälfte geplant. Damit scheint die BRD in abgeschwächter Form die Entwicklung der US-amerikanischen öffentlichen Finanzen nachzuvollziehen. Doch während in den USA das Schuldenmachen offizielle Staatsdoktrin sind, steht das hierzulande unter deutlicher Kritik. Die Unterschiede werden deutlicher, betrachtet man die Schuldenlage der mittelständischen Unternehmen. Während in den USA billige Kredite die Konjunktur anheizen sollen, verfügen hiesige Mittelständler kaum noch über Möglichkeiten, an Kredite heranzukommen. Aktuelle Umfragen zufolge ist es so, daß ein Drittel der Unternehmen überhaupt keine Kredite mehr bekommt. Für 45 Prozent der Firmen wird die Neuaufnahme frischen Geldes immer schwieriger. Die steigende Zahl der Firmeninsolvenzen, in diesem Jahr steht auch damit im Zusammenhang. Vor diesem Hintergrund darf eine starke wirtschaftliche Erholung, vor allem ein Anziehen der Binnenkonjunktur in Deutschland, mehr als nur in Frage gestellt werden.

Mit diversen »Reformen« will die Bundesregierung die Kostenbelastungen der Unternehmen dämpfen. Allerdings nehmen diese »Reformen« zugleich reale Kaufkraft vom Markt, was den Konsum breiter Bevölkerungskreise einschränkt. Wenn in dieser Situation nun noch der zu erwartende Wirtschaftseinbruch in den USA kommt, kann das verheerende Folgen für die BRD-Wirtschaft haben.

Sparen und Schuldenmachen

Zwei offenbar völlig gegensätzliche Konzepte sollen die ökonomische Krise der spätbürgerlichen Gesellschaft lösen. Die einen wollen ihr Wirtschaftswachstum durch zusätzliche Schulden erzeugen. Die anderen hoffen auf Wirtschaftswachstum, indem sie sparen. Zu funktionieren scheint keines der beiden Konzepte. Denn die kapitalistisch organisierte Gesellschaft kommt mit einem Problem überhaupt nicht klar. Mit dem Ende des Wachstums.

Die ökonomische Entwicklung hat einen Stand erreicht, der mit den bisherigen Mitteln die gewohnten Profitraten nicht mehr gewährleistet. Nach dem einen Konzept werden ungeheure Schuldenberge aufgetürmt, um dennoch ansprechende Renditen zu erreichen. Bei den anderen wird vor allem an den gesellschaftlichen Kosten gespart, die bisher die Profite belasteten. Die ökonomische Entwicklung führt aber dazu, daß in der Produktion der Anteil des für die Bezahlung der menschlichen Arbeit benötigten Kapitals im Verhältnis zum notwendigen Gesamtkapital immer geringer wird. Trotz der so möglichen intensiveren Ausbeutung der Arbeitskraft sinken, auf das eingesetzte Gesamtkapital bezogen, die Renditen.

Dieser Entwicklung kann auf Dauer weder mit künstlicher Geldschöpfung noch mit gesamtgesellschaftlichem Lohndumping begegnet werden. Diese Entwicklung stellt die Profitorientierung der jetzigen Ökonomie an sich in Frage.

GERD MARKMANN

Gemeinsam für eine gute Schule

Eltern regen Eltern zum Mitmachen in der Schule an

Eltern gehören im Land Brandenburg zur Schule, denn die Schule von heute ist ohne die Mitwirkung der Eltern nicht mehr denkbar. Das zeigt das Landesinstitut für Schule und Medien Brandenburg (LISUM Bbg) anschaulich in der Publikation »Gemeinsam für eine gute Schule«. Das LISUM will mit dieser Veröffentlichung Eltern anregen und Mut machen, sich selbst stärker für die Schule ihrer Kinder zu interessieren.

Alle Autorinnen und Autoren sind Eltern. Sie zeigen durch ihre praktischen Beispiele, wie Schule so gestaltet werden kann, daß sie

für alle ein Ort wird, in dem man gern lernt, lehrt und eigene Erfahrungen sammelt. Die Eltern beschreiben, wie wichtig es ist, daß auch Mütter und Väter selbstbewußt in die Gestaltung des Schullebens eingreifen, um von den Lehrkräften als Partner wahrgenommen zu werden. Die Schulen brauchen das bewußte Mitgestalten von Eltern, um Veränderungen im Schulleben in Gang zu setzen.

Mit dieser Veröffentlichung des LISUM werden Erfahrungen der Länder, die vordere Plätze in der PISA-Studie eingenommen haben, auch in Bezug auf schulische Elternarbeit

auf Brandenburg übertragen. Eine Fortsetzung findet diese Schrift in Elternbriefen, die ab Januar 2004 durch das LISUM Bbg für die Eltern erarbeitet werden. Hier werden diese regelmäßig über bildungspolitische Fragen und Schwerpunkte z. B. über neue Rahmenlehrpläne und zur Schulprogrammarbeit informiert.

Die Publikation ist an die Elternsprecherinnen und -sprecher der Schulen verteilt worden. Einzel Exemplare sind erhältlich im LISUM Bbg, Tel. 03378 209 130.

HEIKE HASELOFF, Landesinstitut für Schule und Medien Brandenburg

Der 27. Januar 1945

Der 27. Januar ist heute offizieller Gedenktag in der BRD. Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Anlaß für diesen Gedenktag ist die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Sowjetarmee am 27. Januar 1945.

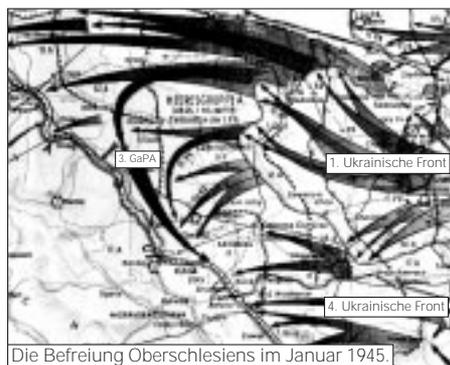
Dieses Datum hat auch für mich ganz persönlich eine große Bedeutung. Am 27. Januar 1945 nahm die Rote Armee, ohne groß auf Widerstand zu stoßen, meine Heimatstadt Hindenburg (heute Zabrze) im oberschlesischen Industriegebiet ein. An diesem Tag konnte mein Vater Erich sein Versteck im Hinterhaus der Bielitzer Straße in Hindenburg, im Hinterzimmer der Wohnung meiner Großmutter, verlassen und als freier Mann die Straße betreten. Drei Tage zuvor war der damals 39jährige völlig erschöpft zu Hause angekommen, nachdem er aus dem Volkssturm desertiert war.

Die fast kampflose Einnahme des oberschlesischen Industriegebietes erfolgte im Zusammenwirken zweier Fronten der Roten Armee. Innerhalb weniger Tage hatte die am 12. Januar begonnene Offensive der Roten Armee den Widerstand der Wehrmacht gebrochen und die Front in großer Breite durchbrochen. Bis zum 18. Januar waren die sowjetischen Panzerarmeen schon 150 km tief ins Hinterland der deutschen Truppen vorgedrungen. Am 22. und 23. Januar erreichten die Spitzen der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Konew bei Breslau die Oder.

Die südlich der Weichsel angreifende 4. Ukrainische Front erhielt vom Generalstab in Moskau den Befehl, ihre mechanisierten Korps unverzüglich mit Stoßrichtung Oswiecim (Auschwitz) angreifen zu lassen, um das oberschlesische Industriegebiet von Süden her zu umfassen. Mit zunehmender Nähe zum Industriegebiet sollte der Einsatz von Artillerie unterbleiben. Der Angriff am Boden sollte hauptsächlich mit auf Panzern aufgesessener Infanterie erfolgen. Auch die Luftunterstützung durch Bomber sollte unterbleiben und die Luftaktivitäten auf die Luftaufklärung beschränkt bleiben. Der Einsatz der Jagdbomber sollte sich auf den Schutz der Aufklärungsflugzeuge vor dem Abwehrfeuer eventueller Flakstellungen beschränken. Aber zu diesem Zeitpunkt gab es im oberschlesischen Revier kaum noch Flugabwehr. Ebenso existierte keine durchgehende Verteidigungslinie der Wehrmacht mehr. Am 27. Januar befreiten die Truppen der 4. Ukrainischen Front im Zusammenwirken mit der 60. Armee der 1. Ukrainischen Front das Konzentrationslager Auschwitz.

Die 1. Ukrainische Front erhielt indes den Auftrag, mit ihrem linken Flügel nach der Befreiung Krakóws Oberschlesien von Süden und Osten her anzugreifen. Von den auf Breslau vorgehenden Hauptkräften sollte die 3. Gardepanzerarmee nach Südosten abdrehen und die das oberschlesische Industriegebiet von Tost, Gleiwitz und Heydebreck verteidigen

deutschen Truppen im Rücken angreifen. Angesichts der drohenden Einschließung flohen die deutschen Truppen am 27./28. Januar durch das offengelassene Schlupfloch bei Ratibor und Rybnik in Richtung Mährisch-Ostrau (Moravska Ostrava). Die Nazis und Berufsbeamten wählten den gleichen Fluchtweg, denn die Eisenbahn nach Oppeln und Breslau war längst in sowjetischer Hand.



Die Befreiung Oberschlesiens im Januar 1945.

Als 12jähriger sah ich, wie die deutschen Soldaten Hindenburg fast kampflos verließen. Alle Betriebe und Kohlenschächte blieben unversehrt. Die Kraftwerke produzierten weiter. Selbst die anglo-amerikanischen Bomber, die seit Mitte 1944 Oberschlesien erreichen konnten, flogen an unserer Stadt vorbei und konzentrierten ihre Angriffe auf die Kohleverflüchtigungswerke Heydebreck. Glück gehabt – wir lagen weitab der Hauptstoßrichtung Warschau-Berlin.

Mein Vater war, wie gesagt, in dem Durcheinander der drohenden Einkesselung vom Volkssturm desertiert. Er war keineswegs Kommunist oder Sozialist. Auf die Frage, warum er desertiert sei, antwortete er später: *»Ich bin doch nicht so blöd, mit einem Gewehr auf russische Panzer zu schießen.«*

Als eigensinniger und eigenwilliger Bergmann unter Tage hatte er links-liberale Ansichten. Er blieb sein Leben lang parteilos. Die SA hatte er als *»Rabaukentruppe«* abgelehnt. Den sowjetischen Kriegsgefangenen, die mit ihm zusammen unter Tage arbeiten mußten gab er Brot. Aus Dankbarkeit schnitzten sie für mich einen T34 aus Holz, auf Rädern mit einem drehbaren Geschützturm. Auch polnischen Häftlingen, die in der Nähe unseres Gartens eine Trinkwasserleitung bauten, gab er belegte Schnitten. Mir kam die Aufgabe zu, sie den Gefangenen zu überbringen.

Ich selbst empfand die Ereignisse von 1945 damals nicht als Befreiung. Obwohl stark von meinem Vater beeinflusst, hatte die Erziehung, die ich als Pimpf erhielt, Spuren hinterlassen. Erst mehr als 20 Jahre später, inzwischen war ich in die DDR übersiedelt, begann der Umdenkungsprozeß. Heute kann ich aus tiefstem Herzen sagen, daß für mich der 27. Januar 1945 der Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus war.

LOTHAR DANNER

Schon vor dreißig Jahren:

US-Griff zum Öl

Wie die Tageszeitung *»Junge Welt«* am 3. Januar berichtete, kamen Ende 2003 dreißig Jahre alte Geheimdokumente an die Öffentlichkeit, wonach die USA während des arabischen Ölembargos im Gefolge des Vierten Nahostkrieges vom Oktober 1973 ernsthaft planten, die Ölfelder des Mittleren Ostens mit einer Militärintervention unter ihre direkte militärische Kontrolle zu bringen.

Der damalige US-Verteidigungsminister James R. Schlesinger hatte – so eines der nun nach den britischen Geheimhaltungsgesetzen offengelegten Geheimmemoranden – den britischen Botschafter in Washington, Lord Cromer, über die geplante Aktion ins Bild gesetzt. Lord Cromer: Für Schlesinger war *»nicht länger klar, warum die USA keine Gewalt anwenden könnten«*. Weiter hieß es in dem Memorandum des Lords an Premierminister Edward Heath in London: *»Das Ergreifen der Ölfelder steht stets an erster Stelle des Denkens der Amerikaner, wenn sie von Gewaltanwendung sprechen«*. Schon damals plante also Washington *»Präventivkriege«* gegen arabische Länder, obwohl von diesen Ländern keinerlei militärische Bedrohung gegen die USA ausging.

Luftlandetruppen sollten in einer Blitzoperation die wichtigsten Ölfelder in Saudi-Arabien, Kuwait und Abu Dhabi besetzen. Im Fall von Abu Dhabi hatten die USA London wissen lassen, daß sie dort mit britischer Hilfe rechneten. Gefahr sahen die Kriegsplaner beim Angriff auf Kuwait, *»wo die Iraker – womöglich mit sowjetischer Unterstützung – versucht sein könnten, zu intervenieren«*. Aus den Dokumenten geht hervor, daß die Briten damals die USA warnten, weil die Reaktion der arabischen Welt unabschätzbar sei. Zudem würde die Sowjetunion unnötig herausgefordert – obwohl eine direkte militärische Konfrontation mit der UdSSR unwahrscheinlich sei. Auch tiefe Zerwürfnisse im westlichen Lager wurden als mögliche Konsequenz einer solchen Militärintervention genannt. *»Da die USA sicherlich beanspruchen würden, zum Wohle des gesamten Westens zu handeln, würden sie von ihren Verbündeten volle Kooperation fordern, was zu tiefen Rissen in den europäisch-amerikanischen Beziehungen führen könnte«*, heißt es an anderer Stelle. Aus einem weiteren Dokument wird die tiefe Verärgerung von Premierminister Heath über Präsident Nixon deutlich, nachdem dieser erfahren hatte, daß Nixon während der Nahostkrise 1973 die strategischen Streitkräfte der USA in den *»globalen nuklearen Alarmstatus«* versetzt hatte, ohne seinen britischen Kollegen zu informieren.

Nachdem das Ölembargo der arabischen Staaten immer durchlässiger geworden und im März 1974 schließlich beendet worden war, legten die USA ihre Angriffspläne zur Inbesitznahme der Ölfelder des Mittleren Ostens zurück in die Schublade.

Ein Gebäude im Abriß Garagenproblem im Fluß

51 Jahre nach meinem Dienstantritt bei der Transportpolizei der DDR am 8. Januar 1953 wurde das Dienstgebäude am Bahnhofsvorplatz abgerissen. Viele Erinnerungen an die damalige Zeit verbinden sich für mich mit diesem Haus. Sie werden für mich nicht die schlechtesten bleiben, standen wir doch – wie es damals hieß – an vorderster Front auf der Wacht für den Frieden. Dieser Gedanke beseelete damals alle, ob Anwärter, Wachtmeister oder Offizier.

Die Bewachung wichtiger Eisenbahnobjekte erfolgte im durchgehenden Schichtdienst. Hinzu kam die Begleitung von Güterzügen mit deren Fracht. Andere Genossen leisteten Dienst im ZBK (Zugbegleitkommando), u.a. in den Richtungszügen nach Stralsund und Frankfurt/Oder. Wieder andere verrichteten ihren Dienst auf den Bahnhöfen in Angermünde, Tantow und Wustermark bei Berlin. Fortbildungseinrichtungen der Transportpolizei befanden sich in Berlin-Grünau und in Nordhausen.

Viele bewährte Genossen, wie Jürgen Frädrich, Walter Matting, Günter Braun und Martin Baumert, leben heute nicht mehr. Ebenso mein unvergessener Gruppenführer Erich Meyen aus Angermünde.

Einmal bekam ich den Auftrag, einen Güterzug mit Traktoren von Angermünde nach Tantow zu begleiten. Es war bitterkalt. Der Zug raste bedrohlich wackelnd auf den Schienen durch die Winternacht, während ich wie ein Artist über den Puffern zusammengerollt an der Waggonwand kauerte. Ein schutzgewährendes Bremserhäuschen fehlte auf der ganzen Zuglänge. Die Fahrt wollte und wollte kein Ende nehmen. Ich glaubte schon, Tantow liege am Ende der Welt. Endlich ratterte der Zug in den Tantower Bahnhof ein. Steifgefroren machte ich mich an die Übergabe und suchte anschließend im Dienstraum der Bahnhofsaufsicht nach einem warmen Plätzchen. Dort schlief ich ungestört bis zum Nachmittag, bevor ich mit einem Personenzug nach Angermünde zurückfuhr. Dort empfing man mich erleichtert. Erleichtert darüber, daß ich die »Taufahrt« glücklich überstanden hatte.

Ein halbes Jahrhundert ist dies nun her. Der Abriß unseres einstigen Dienstgebäudes, dessen heilige Hallen damals nur mit Dienstausschüssen betreten werden durfte, wofür die Hauswache verantwortlich zeigte, ließ die Erinnerung wieder gegenwärtig werden. Mir ist, als wäre das alles erst gestern geschehen. Heute ist der Platz plattgewalzt. Nichts erinnert mehr daran, wo jenes Haus einstmals stand.

KURT GEMPIN

Beratung für Kriegsdienstverweigerer mit Thomas Lehmann

Begegnungszentrum
»Wege zur Gewaltfreiheit«,

16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

»Bricht das Eis?« – Das war die Frage und die Hoffnung des Artikels in der BBP 1/2004 und auch der Finower Einwohnerversammlung zum Thema Garagen- und Erholungsgrundstücke. Die Frage kann auch heute noch nicht sicher beantwortet werden.

Im Zusammenhang mit der Vorlage der Fraktion BKB/Freie Wähler zur Lösung des Garagenproblems bewertete der stellvertretende Bürgermeister Lutz Landmann in der Stadtverordnetenversammlung eine Beratung mit Vertretern zweier Garagenkomplexe positiv, in der die Möglichkeiten des Garagengrundstücksverkaufs beraten wurden. Seine Schlußfolgerung daraus für die eingebrachte Vorlage war, daß man nicht alle Dinge beschließen könne, die in der Vorlage stünden. Der Abgeordnete Trill sah daher keinen Bedarf, die Vorlage zu behandeln, ehe nicht die Beispielsverkäufe erfolgt sind. Die Vorlage wurde in den Wirtschafts- und Finanzausschuß verwiesen. Die Behandlung auch im Bauausschuß lehnte die StVV mehrheitlich ab, obwohl das Thema sehr wohl Fragen der Stadtplanung betrifft. Das Ansinnen, auch eine Verweisung in den Ausschuß für Jugend, Senioren, Kultur, Sport und Soziales vorzunehmen stieß auf absolutes Unverständnis. Das bedeutet, daß es keine Bereitschaft gibt, das Thema Garagen auch unter Senioren- und sozialen Gesichtspunkten zu betrachten. Es ist daher zu befürchten, daß das Thema Garagengrundstücke nur unter wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten beurteilt werden wird.

Welches sind nun die Dinge, die man nach Meinung von Herrn Landmann nicht beschließen kann? In der Beratung mit den Vertretern der Garagenkomplexe fanden folgende Vorschläge aus der Vorlage keine Berücksichtigung durch die Stadtverwaltung.

Die Vorlage BKB/Freie Wähler geht davon aus, daß als verkaufsfähige Nutzfläche maximal das Doppelte der Garagengrundstücksfläche angesetzt werden kann. Die Restfläche sollte für 1 Euro im Preis berücksichtigt werden. Dem folgt die Verwaltung nicht. Die Ga-

ragengrundflächen plus Verkehrsflächen kalkulierte die Stadt mit 10 Euro/m². Darüber hinaus erwartet sie auch den Kauf von »Restflächen«, die für die Stadt nicht mehr nutzbar sind, und kalkuliert dafür 5 Euro. Diese Preise bedürfen aber der Bestätigung durch ein Gutachten. Die Folge: beim Garagenkomplex an der Wilhelmbrücke ergäbe sich ein Kaufpreis von 650 Euro/Garagenstellplatz für das Grundstück zuzüglich 250 Euro Erwerbskosten, zusammen also 900 Euro. Beim Garagenkomplex Altenhofer Straße würden sich sogar 1180 Euro je Stellplatz für das Grundstück und 370 Euro für Erwerbskosten ergeben, in der Summe also 1550 Euro je Stellplatz ergeben. Auch wenn die Stadt in Aussicht stellt, den Preis auf das rechtlich mögliche Minimum reduzieren zu wollen, so kann doch der Eindruck entstehen, daß es sich hier um Abwehrangebote handelt.

Die BKB/Freie Wähler-Vorlage beinhaltet weiterhin eine Stundung des Kaufpreises und schlägt vor, die Vermessungskosten in den Kaufpreis einzubeziehen. Demgegenüber stellen die Vertreter der Stadt von vornherein klar, daß es keine Stundung der Kaufpreise geben kann. Für die Verkaufsvorbereitung (Vermessungskosten) müßten die Käufer sogar Vorkasse leisten, weil die Stadt kein Geld habe und sie Probleme bei eventuellen Zahlungsverzug der Käufer vermeiden will. Die Kaufpreise für die Grundstücke müßten am Tag der Beurkundung der Kaufverträge gezahlt werden.

Die Positionen der Vertreter der Stadt zeigen die Dringlichkeit, daß bestimmte Grundsatzenfragen durch die StVV vor den Kaufverhandlungen zu klären sind. Behandelt die StVV den Garagengrundstücksverkauf als reines Grundstücksgeschäft, dann wird das Garagenproblem kaum zu lösen sein. Im Moment zeigen die Garagenbesitzer Interesse am Grundstückskauf und sind optimistisch. Aber sie erwarten auch, daß noch vor der Landtagswahl mit dem Grundstücksverkauf begonnen wird und Beschlüsse gefaßt sind, die die drohende Enteignung ausschließen.

ALBRECHT TRILLER

Über 200 Eberswalderinnen und Eberswalder folgten am 15. Januar der Einladung des Finower Ortsbürgermeisters Albrecht Triller, um sich über den aktuellen Stand des Garagenproblems zu informieren.

Neben ihm Horst von Dabrowski Leiter der Fachgruppe Garagen beim VDGN.



Foto: G. Markmann

Bürgermeister contra Bahnhofsbrücke?

Eberswalde soll eine Umgehungsstraße erhalten. Nur eine Straße führt in West-Ost-Richtung durch die Bandstadt Eberswalde. Über 30.000 Fahrzeuge pro Tag wurden Mitte der 90er Jahre auf dieser einen Straße gezählt. Eine Umgehung zur Entlastung der Stadt macht also Sinn.

Um die bestmögliche Entlastung des Stadtverkehrs zu erreichen, tüftelten sich die städtischen Verkehrsplaner damals den sogenannten »Eberswalder Schwung« aus. Von einem südlich Finowfurt gelegenen Autobahnanschluß sollte die Umgehung die Finowfurter Gewerbegebiete und den Flugplatz erschließen, um dann zwischen den bevölkerungsreichen Stadtteilen Finow-Ost und Brandenburgisches Viertel nach Norden einzuschwenken und schließlich durch die Gewerbegebiete im Norden Eberswaldes hindurch die Innenstadt von Norden her zu umgehen.

Doch die Verkehrsbehörden des Landes winkten ab. Was geht uns euer städtisches Verkehrschaos an. Sinn von Umgehungsstraßen ist es, den Durchgangsverkehr um einen Ort herumzuleiten. Für die kommunalen Verkehrsprobleme ist das Land nicht zuständig.

Aus dieser Sicht spielt es keine Rolle, daß über 90 Prozent der gezählten 30.000 Fahrzeuge innerhalb der Stadt unterwegs sind oder aber die Stadt als Ziel oder Ausgangspunkt ihrer Fahrt haben. Vielmehr kommt es darauf an, die kürzeste Umgehungsstraße zu finden und die Zahl der störenden Knotenpunkte möglichst gering zu halten.

Die Landesbaubehörden favorisierten deshalb die sogenannte Nord-Variante. Das ist die kürzeste und damit billigste Variante. Etwa 1997 hatten sie die kommunalen Verwaltungen von Eberswalde und Finowfurt soweit weichgeklopft, daß sie sich zähneknirschend dem Ultimatum »Nord-Trasse oder gar keine Umgehungsstraße« ergaben. Die Abgeordneten knirschten mit und nickten zuständigerweise das Ultimatum mehrheitlich ab.

Bürgermeister Schulz fühlt sich nunmehr in der Pflicht und erklärte die Forcierung des Baus der Umgehungsstraße zu Ehren der 750-Jahr-Feier zu einer seiner Hauptaufgaben.

Indessen ließ das Land durchklingen, daß mehr als zwei Anschlußstellen zum städtischen Straßennetz nicht drin seien. Die ursprünglichen Versprechungen, die damals das Einlenken der Kommunalobrigkeit erleichterten, waren nicht umsonst vage geblieben. Zusätzliche Knotenpunkte sind natürlich möglich, lautet das Angebot – wenn sie von der Kommune bezahlt werden.

Von solchen Details läßt sich Bürgermeister Schulz in seinem Engagemment natürlich nicht bremsen. Sein Macher-Image verpflichtet. Zeitgleich mit der Schulz-Ankündigung vermeldete die lokale Tageszeitung, daß

sich der Start des Neubaus der Bahnhofsbrücke um ca. ein Vierteljahr verzögere. Das sei nichts Ernstes, wurde versichert. Der unbestätigte Landeshaushalt verbiete derzeit den Beginn der Ausschreibungen. Ansonsten sei alles in Sack und Tüten. Optimistische Macher-typen lassen sich von solchen Nachrichten nicht beeindrucken. Zumal seither zur Bahnhofsbrücke nichts Neues vermeldet wurde.

Dennoch schlägt hier die Stunde der Schwarzseher. Zugegebenermaßen bewegen wir uns dabei auf dem Parkett wilder Spekulationen ...

Vergegenwärtigen wir uns die Situation. Die Bundesstraße 167 führt derzeit mitten durch Eberswalde. Die Erneuerung der Bahnhofsbrücke gehört damit ohne Zweifel in den Zuständigkeitsbereich des Straßenbauamtes in Strausberg. Das gleiche Straßenbauamt ist für den Bau der Umgehungsstraße B 167 neu zuständig. Der Bau dieser Umgehungsstraße aber degradiert die alte Trasse der B 167 automatisch zur Gemeindestraße. Für Gemeindestraßen sind die Gemeinden zuständig, in unserem Fall die Stadt Eberswalde.

Auch die Straßenbaubehörden stehen unter ständigem Sparzwang. Sowohl die Brücke auf der alten Trasse als auch die neue Umgehung zu finanzieren, könnte aus Landes- und Bundessicht durchaus als Verschwendung angesehen werden.

Wenn also einerseits erneute Verzögerungen bei der Bahnhofsbrücke bekannt werden, zugleich aber der Bürgermeister den Bau der Umgehung forcieren möchte, dann sollte wenigstens die Frage erlaubt sein, ob das Stadtoberhaupt in seinem Tun noch die Gesamtsituation der Stadt Eberswalde im Blick hat.

Schaut man ein wenig in die Vergangenheit, kommt ohnehin bei der Verkehrsproblematik bei unserem Bürgermeister eine seltsame Vorliebe für die Eberswalder Peripherie zum Vorschein. Sein Engagement der letzten Jahre richtete sich auf die Stichstraße zum Flugplatz Finow und auf den Ausbau des Waldweges zwischen Brandenburgischem Viertel und Tierpark. Während des Wahlkampfes versprach er, sich mit gleichem Einsatz um den Ausbau der Telekomstraße nach Biesenthal zu kümmern. Und nun ist die Umgehungsstraße der Favorit.

Für die Verkehrswege innerhalb Eberswaldes vermißt man ähnliche Aufmerksamkeit.

Mit seinem Hurrageschrei für eine Umgehungsstraße, die für die Lösung der Eberswalder Verkehrsprobleme so gut wie nichts bringt, gefährdet der Bürgermeister womöglich die Lösung eines wirklichen Eberswalder Verkehrsproblems.

GERD MARKMANN

Was wir immer schon mal amtlich haben wollten...

Stirbt ein Bediensteter während einer Dienstreise, so ist damit die Dienstreise beendet.

(Kommentar zum Bundeskostenreisegesetz)

Der Tod stellt aus versorgungsrechtlicher Sicht die stärkste Form der Dienstunfähigkeit dar.

(Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung)

Es ist nicht möglich, den Tod eines Steuerpflichtigen als dauernde Berufsunfähigkeit im Sinne von § 16 Abs. 1 Satz 3 EstG zu werten und demgemäß den erhöhten Freibetrag abzuziehen.

(Bundessteuerblatt)

Ehefrauen, die ihren Mann erschießen, haben nach einer Entscheidung des BSG keinen Anspruch auf Witwenrente.

(Verbandsblatt des Bayrischen Einzelhandels)

In Nr. 2 ist in Spalte 2 das Wort Parkplatz durch die Worte Platz zum Parken zu ersetzen.

(Ausschußempfehlung zum Bußgeldkatalog)

Der Wertsack ist ein Beutel, der aufgrund seiner besonderen Verwendung nicht Wertbeutel, sondern Wertsack genannt wird, weil ein Inhalt aus mehreren Wertbeuteln besteht, die in den Wertsack nicht verbeutelt, sondern versackt werden.

(Merkblatt der Deutschen Bundespost)

Das Lutschen eines Hustenbonbons durch einen erkälteten Zeugen stellt keine Ungebühr im Sinne von § 178 GVG dar.

(Beschluß des OLG Schleswig)

Eine Pflanze gilt als befallen, wenn sich in ihr mindestens eine Schildlaus befindet, die nachweislich nicht tot ist.

(Der Hobbygärtner)

Ausführbestimmungen sind Erklärungen zu den Erklärungen, mit denen man eine Erklärung erklärt.

(Protokoll im Wirtschaftsministerium)

Margarine im Sinne dieser Leitsätze ist Margarine im Sinne des Margarinengesetzes.

(Deutsches Lebensmittelbuch)

Ein Ehemann hat in der Regel seinen Wohnsitz dort, wo sich seine Familie befindet (BFH BstBL 85, 331). Ein Verschollener hat seinen Wohnsitz bei der Ehefrau (FG Düsseldorf EFG 58, 144).

(Kommentar zur Abgabenordnung von Klein/Orlopp)

An sich nicht erstattbare Kosten des arbeitsgerichtlichen Verfahrens erster Instanz sind insoweit erstattbar, als durch sie erstattbare Kosten erspart bleiben.

(Beschluß des Landgerichts Rheinland-Pfalz)

Die Fürsorge umfaßt den lebenden Menschen einschließlich der Abwicklung des gelebt habenden Menschen.

(Vorschrift Kriegsgräberfürsorge)

Amtsrichter befiehlt Kadavergehorsam

Am 13.1.2004 fand im überfüllten Gerichtssaal 2.02 des Amtsgerichts Ueckermünde die Hauptverhandlung gegen Ringo Ehlert statt, der jeglichen Dienst für die Armee dieses Staates verweigert. Das Urteil lautete 60 Tagessätze zu 40 Euro + Gerichtskosten, die Staatsanwaltschaft hatte 10 Monate Freiheitsentzug auf 2 Jahre Bewährung + 2000 Euro Bußgeld beantragt, die Verteidigung Freispruch.

Dieser Verhandlung waren 67 Tage Bundeswehr-Arrest, ein abgesetzter Prozeßtermin im Juni 2002 und eine nicht beendete Hauptverhandlung am 21.8.2002 vorausgegangen. Damals wurde die Verhandlung ausgesetzt, um ein Gutachten eines Sachverständigen einzuholen, der darüber urteilen sollte, ob Ringo Ehlert nach seinem Gewissen nur so handeln konnte wie er es getan hat. Genau dies bestätigte nun der Sachverständige Prof. Dr. Eckert, was Ehlert allerdings nicht vor einer Verurteilung bewahrte. Den Ausführungen der Verteidigung konnte Richter Burgdorf-Bressem offensichtlich nicht folgen.

Anwältin Gabriele Heinecke legte klar dar, daß Art. 4 GG (Glaubens-, Gewissens- und

Bekenntnisfreiheit) schrankenlos ist. Das heißt die Väter des Grundgesetzes haben aus der Erfahrung des 2. Weltkriegs bewußt entschieden, daß die Gewissensentscheidung des einzelnen höher wiegt, als jedes Gesetz.

Nie wieder sollte sich das Gewissen der Massen unter Staatsräson stellen. Der Richter aber stellte lediglich fest, daß die Wehrpflicht im Grundgesetz verankert sei, was keiner bezweifelte. Damit hob er ein einfaches Wehrstrafgesetz höher als die Freiheit des Gewissens. Herr Ehlert hat also zu schießen, wenn es der Staat befiehlt. Auch wenn ihm sein Gewissen sagt, daß es nicht gut sein kann, daß Jugoslawien wieder bombardiert wurde und die BRD am Hindukusch verteidigt werden soll. Und daß das Land in dem er aufwuchs, die DDR, einfach niedergewalzt wurde, die Betriebe platt gemacht und die Menschen arbeitslos wurden. Das alles wird als wahr unterstellt, ist aber irrelevant in den Augen des Gerichts: **Kadavergehorsam wird verlangt, sonst nichts!** Die Verteidigung hat Rechtsmittel angekündigt.

Bundesvorstand der FDJ

BBP-Mitgliederversammlung

Die Diskussion und Beschlußfassung zum Jahresabschluß 2003 sowie zu den Arbeits- und Finanzplänen des Jahres 2004 stehen auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung des Barnimer Bürgerpost e.V., die am 23. Februar, um 16.30 Uhr, im Bürohaus Ulrichspeicher (Friedrich-Ebert-Str. 12) in Eberswalde stattfindet. Diskutiert werden soll auch die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung von Verein und Zeitung. Der Vorstand läßt alle Mitglieder und Interessenten herzlich ein.

Dr. MANFRED PFAFF, Vereinsvorsitzender

Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft

18. Februar, 14.30 Uhr, Brunnenstraße:

»So lebt man in Kasachstan«

Agendabeirat tagt

Eberswalde (prest-ew). Zu seiner ersten Sitzung nach der Kommunalwahl 2003 tritt der Agenda-Beirat der Stadt Eberswalde am Dienstag, 10. Februar, 2004 um 18.00 Uhr im Rathaus, Breite Straße 41-44, Raum 106, zusammen. Als Themenschwerpunkte dieser öffentlichen Sitzung sind in Anbetracht der im Zuge der Kommunalwahl erfolgten Neubesetzung des Agenda-Beirates eine Diskussion über die Aufgaben und Zielstellungen des Beirates, ein Bericht über aktuelle Agenda-Projekte sowie die Entscheidung über die weitere Berufung von Beiratsmitgliedern geplant. Darüber hinaus ist die Analyse des Standes der Umsetzung des gegenwärtigen Leitbildes der Stadt Eberswalde vorgesehen.

Leben im Alter

In der Kirchengemeinde Joachimsthal ist im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Leben im Alter« die PDS-Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Gesinde Loetzsch am 18. März ab 15.00 Uhr zu Gast. Ort der Veranstaltung: Haus Kurfürst, Marktstr. 16, 16248 Joachimsthal.

KORDULA STEINKE

Gespräch über einen Bibeltext

mit Volker Passoke

Ausgehend von einem Text der Bibel wollen wir die soziale Situation der Menschen im Brandenburgischen Viertel bedenken und nach Möglichkeiten suchen. Am Donnerstag, den 4. März 2004, 19.00 Uhr, im Evangelischen Gemeindezentrum, Potsdamer Allee 35

Hartwin Schulz

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: PS-Verlag - (0 33 34) 21 26 00

redaktionsschluß: 31. Januar 2004

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26.2.2004, 12 Uhr.